

Israel 2009 – aktuelle politische Entwicklungen und historische Perspektiven

Vortrag von Moshe Zuckermann

Montag, 9. März 2009, 18.30 bis 21.00 Uhr
Reitersaal der Oesterreichischen Kontrollbank, Strauchgasse 1-3, 1010 Wien

Diskutanten:

Helmut Krieger, Universität Wien
Walter Posch, vidc

Magda Seewald, vidc (Einleitung)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie heute Abend ganz herzlich im Namen des Wiener Instituts begrüßen. Unser Thema heute: Israel 2009 – aktuelle politische Entwicklungen und historische Perspektiven.

Das Wiener Institut hat sich in seiner Arbeit immer wieder mit der Thematik Israel-Palästina auseinandergesetzt, so z. B. 2005, als wir eine Konferenz zum Thema Menschenrechte im Nahostkonflikt organisierten. Unser aktueller Schwerpunkt, an dem wir seit zwei Jahren jetzt arbeiten, ist die Rolle der Geber im israelisch-palästinensischen Konflikt. Dazu fand im April letzten Jahres eine Konferenz mit dem Titel „Perspektiven jenseits von Krieg und Krise – Geberpolitik und Geschlechterordnungen im israelisch-palästinensischen Konflikt“ statt. 2009 ist eine Nachfolgekonzferenz dazu geplant. Sie wäre für April geplant gewesen – musste allerdings aufgrund des Gazakrieges auf den Herbst verschoben werden. Das neue Datum ist der 29. und 30. September. Bei dieser Konferenz werden VertreterInnen von Geberorganisationen sowie von palästinensischen NGOs und ExpertInnen aktuelle Geberpolitiken diskutieren und mögliche Alternativen dazu aufzeigen.

Anlässlich der letztjährigen Konferenz hat die Harvard Professorin Sarah Roy gemeint, dass es ohne eine politische Lösung und ein Ende der Besetzung keine wirtschaftliche Entwicklung in den palästinensischen Gebieten geben kann. Auch wenn bei der Geberkonferenz in der letzten Woche in Sharm el Sheik wiederum Milliarden für den Aufbau im Gazastreifen versprochen wurden, waren kaum Stimmen zu hören, die ein Ende der Besetzung forderten.

Der Gazakrieg hat wieder verdeutlicht, wie sehr aktuelle Kontroversen und politische Entscheidungen in Europa verstrickt sind in Auseinandersetzungen um Antisemitismus, um die Legitimität von Kritik an Israel und um die Instrumentalisierung von Geschichte. Ist diese kritiklose Solidarität wirklich zum Nutzen Israels oder müsste wirkliche Israelverbundenheit nicht vielmehr auch konstruktive Kritik enthalten?

Wir haben heute Abend einen Wissenschaftler hier, der sich in seiner Arbeit besonders mit dem Verhältnis Deutschland - Israel auseinandersetzt. Prof. Moshe Zuckermann wird heute Abend die historischen Zusammenhänge erläutern, die für ein differenziertes Verständnis des Staates Israel und wesentlicher post- bzw. neozionistischer politischer Strömungen unabdingbar sind. Dies in einem europäischen, österreichischen Kontext zu diskutieren, ist sicher eine besondere Herausforderung. Aber nicht nur die Beziehungen zwischen Europa und Israel werden heute Abend ein Thema sein. Nach den Wahlen in Israel im Februar d. J. und dem Wahlsieg der politischen Rechten muss man sich fragen, welche politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen das haben wird.

Prof. Zuckermann konstatiert in seinem neuesten Buch „60 Jahre Israel“, das sie übrigens am Eingangstisch auch käuflich erwerben können, dass sich der Zionismus in einer politischen Krise befindet. Welchen Weg wird Israel zukünftig einschlagen? Wird es die Okkupation beenden und damit vielleicht einen Bürgerkrieg auslösen? Oder wird es das Besatzungsregime beibehalten. Ist eine Zwei-Staaten-Lösung, wie sie auch von der Geberseite immer wieder gefordert wird, angesichts des massiven Siedlungsbaus in den letzten Jahren überhaupt noch realistisch? Diese und viele andere Fragen werden heute Abend angesprochen und diskutiert werden. Zunächst wird Moshe Zuckermann einen Vortrag halten und im Anschluss werden Helmut Krieger und Walter Posch mit ihm diskutieren. Wie immer wird es auch von dieser Veranstaltung eine Dokumentation geben, die wir ihnen gerne zuschicken. Bitte vergewissern sie sich auf der Anmeldungsliste am Eingang, ob wir ihre E-Mail-Adresse haben, damit sie diese auch erhalten.

Ich darf nun kurz die Gesprächspartner für heute Abend vorstellen.

Moshe Zuckermann wurde als Sohn polnisch-jüdischer Holocaustüberlebender 1949 in Tel Aviv geboren. Er lebte zwischen 1960 und 1970 in Frankfurt/Main. Zurück in Israel studierte er Soziologie, Politologie und Geschichte an der Universität von Tel Aviv, wo er 1988 promovierte. Seit 1990 lehrt Moshe Zuckermann am Cohen Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas an der Universität von Tel Aviv. Von 2000 bis 2005 leitete er dort das Institut für Deutsche Geschichte. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher zur Kultur und Geschichte Israels und Deutschlands, so u.a. 2006 „Israel – Deutschland – Israel. Reflexionen

eines Heimatlosen“ oder ganz aktuell im Februar 2009, wie bereits erwähnt, „60 Jahre Israel. Die Genesis einer politischen Krise des Zionismus“.

Einer der Gesprächspartner wird Helmut Krieger sein. **Helmut Krieger** ist Soziologe und Lehrbeauftragter im Bereich Internationale Politik am Projekt Internationale Entwicklung sowie am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien, daneben ist er als freier Wissenschaftler im Bereich Gender & Konflikt für das Wiener Institut tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind: der israelisch-palästinensische Konflikt, politischer Islam, Geschlechterverhältnisse in der arabisch-islamischen Welt und postkoloniale Theoriebildung.

Walter Posch war von 1990 bis 2006 Abgeordneter zum Nationalrat, 1995 Abgeordneter zum Europäischen Parlament, von 1999 bis 2006 Menschenrechtssprecher der SPÖ, seit 2007 ist er der Geschäftsführende Direktor des Wiener Instituts.

Mir bleibt nur noch, uns allen einen interessanten und mit Sicherheit einen kontroversiellen Abend zu wünschen und ich darf nun Prof. Zuckermann ans Podium bitten.

Moshe Zuckermann (frei gehaltener Vortrag)

Guten Abend, meine Damen und Herren. Ich möchte mich zunächst einmal beim Wiener Institut für die Einladung bedanken. Ich liebe Wien, wenn ich das so sagen darf, und komme immer wieder gerne in diese Stadt. Es gibt Einführungen, die so gemacht sind, dass es scheinen will, als sei alles schon gesagt worden. Sie können also wieder nach Hause gehen. Ich habe dem, was Frau Seewald Ihnen gerade dargeboten hat, nichts mehr hinzuzufügen. Weil aber die Koordinaten meines Vortrags bereits umrissen worden sind, werde ich mir erlauben, sie ein bisschen zu vertiefen und vielleicht in einen Zusammenhang zu stellen, der zugleich die Perspektiven und auch – wie soll ich das jetzt sagen, ohne hier von vornherein die Schwermut einkehren zu lassen? – die Perspektivlosigkeit zum Thema zu umreißen.

Das Problem, mit dem wir uns heute Abend befassen, werde ich vor allem als ein Strukturproblem begreifen wollen. Das bedeutet zweierlei: Zum einen dass ich nicht vorhabe, in meinem Vortrag zu moralisieren. Wenn also jemand die großen moralischen Echauffierungen erwartet hat, werde ich ihn heute enttäuschen müssen. Ich habe auch nicht vor – das hängt allerdings sehr von Ihnen ab – großartig zu polemisieren. Es geht mir vor allem darum, Verständnis für ein Strukturproblem herzustellen, welches als solches schon so verfahren ist, dass ich es nachgerade als Aporie zu bezeichnen geneigt bin. Bei den folgenden Darlegungen werde ich Ihnen etwas abfordern, das Sie von mir vielleicht nicht erwartet hätten, vor allem aber auch Ihnen einen nicht ganz leichten Bewusstseinsprung

abverlangt. Um nämlich die Verfahrenheit unserer Situation in Israel darzustellen, werde ich heute weniger über Palästinenser reden, wenn überhaupt. Ich werde, wenn es nachher notwendig sein sollte, über Deutschland und Österreich und die Rezeptions- und Perzeptionsweisen des Nahostkonflikts in diesen Ländern etwas sagen, vielleicht aber eher im Diskussionsteil, nach meinem Vortrag. Was ich ihnen abfordern werde, ist die Annahme einer Darlegung des Konflikts aus rein zionistischer Sicht. Und Sie werden sehen, dass aus dieser rein zionistischen Perspektive – die nicht unbedingt die meine ist – wir in einer üblen Sackgasse stecken.

Beginnen wir aber mit dem Aktuellen. Sie wissen, wir hatten einen Krieg, den Gazakrieg, und wir hatten dann Wahlkampf. Beim Krieg fragte man sich, wieso der Krieg gerade jetzt ausgebrochen sei. Dafür gab es zunächst eine vordergründige Antwort: Der Krieg ist ausgebrochen, weil Israel seit acht Jahre mit Kassamraketen beschossen wird, und ein Land kann sich eben längerfristig nicht gefallen lassen, von irgendeinem beschossen zu werden, ohne darauf zu reagieren. Schon da wurde freilich klar, dass dies primär ein rationalisierendes Gerede war, und zwar aus einem recht einfachen Grund. Ich meine, wenn man acht Jahre lang beschossen wird, muss man sich fragen können, wie es wohl dazu gekommen sei, dass dies der Dauerzustand ist. Tut man dies, stellt sich heraus, dass die Fähigkeit der meisten Israelis, der Linken nicht minder als der Rechten, zu vergessen, wie die Struktur des Beschossenwerdens zustande kam, eine bodenlose ist. Ganz aus dem Bewusstsein verschwunden ist, dass eine zweite Intifada ausgebrochen war; dass diese zweite Intifada die Handhabe für Ariel Sharon bildete, nochmals in die besetzten Gebiete einzudringen, um in ihnen aufzuräumen, mithin seinen alten Traum von 1982 zu verwirklichen, die Autonomiebehörde außer Kraft zu setzen, die PLO zu paralysieren und Arafat auszuschalten. Man argumentiert, immerhin sei Ariel Sharon dann im Jahr 2005 aus dem Gazastreifen herausgegangen; es wir noch darüber zu reden sein, was seine Beweggründe dafür waren. Aber niemand hat dann bedacht, was in den drei Jahren nachdem der Abzug aus dem Gazastreifen passierte, namentlich, dass man den dichtbesiedeltsten Landstreifen der Welt so abwürgte und zuschnürte, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis es zur Implosion kam. Das führte dazu, dass die Hamas an die Regierung im Gazastreifen kam, und Israel eine Politik von divide et impera betreiben konnte und auch noch den Extrabonus auskosten durfte, behaupten zu dürfen, jetzt habe sich endgültig erwiesen, dass es auf palästinensischer Seite keinen Gesprächspartner gebe; die Hamas erkenne Israel nicht an, warum soll man also mit der Hamas reden usw. usf. Es gab eine Menge historischer Vorläufe, die im Grunde genommen nichts als Varianten der schon über 40 Jahre andauernden Okkupation darstellten, mithin strukturelle Faktoren, die die neue Entwicklung des Kassambeschusses im Süden Israels zeitigten.

Diese Vergessenheit hat ja auch damit zu tun, dass man sich etwas anderes nicht eingestehen wollte: dass nämlich der Gazakrieg letztlich den Kompensationskrieg für das Fiasko des zweiten Libanonkrieges bilden sollte, wobei ich den Begriff Fiasko aus israelischer Perspektive verwende. Zwar war das Unglück für den Libanon viel gravierender, aber aus israelischer Perspektive war es eben auch ein Fiasko, denn man meinte, das Abschreckungspotential der israelischen Armee habe Einbrüche erlitten, und es gelte, dieses Abschreckungspotential wieder herzustellen. Die Bilder von dem, was dann kam, haben Sie ja alle gesehen. Völlig unverhältnismäßig wurde auf diesen dichtbesiedelten Landstreifen mit einer Wucht eingeschlagen, dass alle reflektierten Menschen in Israel sich zur Frage gedrängt sahen: Warum ist dem so? Warum reagiert man so brutal? Und eine der Antworten war: Es herrscht Wahlkampf. Es herrschte damals in Israel Wahlkampf, und es war klar, dass alle an ihm Beteiligten – solche, die noch etwas zu bestellen hatten, aber auch diejenigen, die noch kurz vor ihrem Abtritt von der politischen Bühne und ihre zu Ende gehende Amtsperiode zu bebildern hatten – alle versuchten sie aus dem Krieg politisches Kapital herauszuschlagen. Der Wahlkampf wurde von allen mit dem Zentralthema "Sicherheit" geführt. Man wollte sich als "stark" präsentieren, zeigen, dass man mit der "Sicherheitsfrage" umzugehen versteht, und entsprechend verhielt man sich zum Krieg, führte mithin den Wahlkampf unter seinem Gesichtspunkt.

In der Sache selbst erreichte man aber nichts. Weder ist der gefangene israelische Soldat Gilad Shalit befreit noch sind die Kassambeschüsse abgestellt worden. Dafür hat aber Israel mit einer Wucht eingeschlagen, die in der Welt zu Recht das Gefühl einer gewaltgetriebenen Barbarei zeitigte. In der Tat war es so, dass sich dabei etwas abzeichnete, das ich, der schon lange genug in Israel lebt und mehrere Kriege bereits erlebt hat, so noch nie gesehen und erlebt habe, nämlich eine unverhohlene Schadenfreude und ein – wie soll man sagen? – Blutdurst aufseiten großer Teile der israelischen Bevölkerung. Irgendetwas war da ausgebrochen, das mir schwer zu denken gab, und das ich gern in die Koordinaten meiner Strukturanalyse einbetten würde, nämlich die Frage: Warum haben so viele Israelis diesen Krieg mit solcher Emphase begrüßt, wo es hätte klar sein müssen, dass in diesem Krieg unter rein militärischen Gesichtspunkten ein asymmetrisches Verhältnis zwischen beiden Seiten herrschte? Eine der stärksten Armeen der Region schlägt mit Vehemenz auf Guerilla- bzw. Terrororganisationen ein; das war vollkommen disproportional, und darüber wird gleich zu reden sein.

Und dann kam der Wahlkampf – mit den Ergebnissen, die Sie ja alle kennen. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur zwei zentrale Resultate: Die israelische Linke ist total

eingebrochen, und zwar so, dass sie m.E. für die kommenden Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, ausgespielt hat. Ich glaube, dass das, was sich mit der Arbeitspartei zugetragen hat, irreparabel ist. Und es handelt sich immerhin um die Partei, die den Staat gegründet hat und die noch am Ende des Oslo-Prozesses 20, 25 Mandate zusammenbrachte, inzwischen aber auf ganze 13 Mandate zusammengeschrumpft ist. Ich rede von der linkszionistischen Meretz-Partei, die bei den vorletzten Wahlen 10 Mandate aufzuweisen hatte und nun auf 3 Mandate heruntergegangen ist. Ich bin mir dessen bewusst, dass der Wahlkampf ab einem bestimmten Zeitpunkt so geführt wurde, dass es nur noch darum ging, Netanjahu zu stoppen, indem man Livni wählt. Was sich dabei aber herausstellte, ist, dass Meretz- und Arbeitsparteilite ganz zwanglos die Kadima-Partei wählen konnten. Die Kadima-Partei ist keine linkszionistische Partei, sie ist zwar moderater als der Likud, der sie entstammte, aber eben keine linke Partei. Während des Krieges hatte Livni zwar einen Eiertanz zu vollführen, den Krieg aber bei seinem Ausbruch durchaus begrüßt. Heute streitet man sich darüber, wer was gesagt hat. Aber während des Krieges war Kadima keine Partei, die sich dem Krieg dezidiert entgegenstellte. Man muss allerdings hinzufügen, auch die Arbeiterpartei nicht. Es darf daher behauptet werden, dass sich im Wahlkampf Meretz, Arbeitspartei und Kadima als austauschbare Parteien erwiesen, fungible Wahloptionen, was nur den desolaten Zustand dessen, was man die "israelische Linke" bezeichnet, herausstreicht.

Diese betrübliche Tatsache ging mit einem anderen unabweisbaren Moment des Wahlausgangs einher: Die Wahl gewonnen hat ein massiver rechter Block, der sich von der konservativen Likud-Partei bis zu Regionen erstreckt, die in Israel bislang tabuisiert waren. Meine Damen und Herren, die ehemalige Kach-Partei, von Meir Kahane gegründet und geführt, ist vor rund 20 Jahren vom israelischen Parlament ausgestoßen worden. Mittlerweile sind Erben dieser Partei ins Parlament eingezogen, Menschen, von denen Netanjahu sagt, das seien seine natürlichen Verbündeten. Und in der Mitte dieses Rechtsblocks der zum Königsmacher avancierte Avigdor Liebermann, selbst ein ehemaliger Abkömmling der Kach-Partei. Er war zwar nur eine kurze Zeitlang in der Kach-Partei, ist dann von ihr ausgeschieden, aber sein Gerede während des Wahlkampfes – und nicht nur während des Wahlkampfes – ist letztlich faschistoid, teilweise auch vehement rassistisch, steht mithin der Kach-Partei in nichts nach. Solches Gerede ist zwar im israelischen Alltag mittlerweile gang und gäbe. Aber das Parlament, das ja etwas auf sich hält, war, wie gesagt, vor 20 Jahren darauf bedacht, Kahane aus dem Parlament auszustoßen. Was aber damals den legalen Anlass zum Parteiverbot gab, ist heute nicht nur legitim geworden, sondern hat die Träger der einst verpönten Ideologie zum legitimen Koalitionspartner der Likud-Partei werden lassen. Es hat also nicht nur ein Rechtsruck stattgefunden, sondern mit dem Rechtsruck auch der fatale Zusammenbruch des Lagers derer, die den Gegenentwurf zu

dieser Tendenz hätten bilden müssen. Ich muss ganz ehrlich gestehen, dass selbst die großen Pessimisten – zu denen ich in Israel gehöre – einen solch desaströsen Wahlausgang nicht erwartet haben. Als man sich dann aber fragte, warum die Wahl so ausgefallen sei, kam die schlichte Antwort: „Naja, es war Krieg“. Während des Kriegs hieß es also, es herrschten Wahlen, und nach dem Wahlausgang, der Krieg habe ihn bewirkt. Ich glaube nun, dass diese Kreisbewegung eines Krieges, der die Wahl begründet, und einer Wahl, die den Krieg begründet, d.h. der Teufelskreis einer sich selbst speisenden Begründung des Zustandes, aus dem es keinen Ausbruch gibt, etwas widerspiegelt, das einer tieferen Erörterung bedarf.

Alles, was ich hier aktuell politisch aufgelistet habe, stimmt so zumindest im Hinblick darauf, wie man die Dinge im Alltagsdiskurs rationalisierte, was im Feuilleton stand, was politische Kommentatoren dazu sagten etc. Es stimmt, man wollte Netanjahu stoppen, indem man Livni als seine Opponentin hochspielte. Und man wollte in der Tat die Arbeitspartei dafür bestrafen, dass sie im Grunde schon seit Jahren keine Arbeitspartei mehr ist, sondern sich längst schon von den sozialen Belangen, die mal ihr sozialdemokratisches Erbe waren, verabschiedet hat. Und es stimmt auch, dass die Meretz-Partei schon seit langem nichts mehr zu bestellen gehabt hat. Das alles stimmte für sich genommen. Aber, wenn man wissen will, was hinter diesen für sich genommen triftigen Gründen steht, muss man tiefer schauen. Das soll auch den Hauptteil meiner Darlegungen heute Abend darstellen. Ich gehe dabei davon aus, dass Israel sich vor eine historische Weggabelung gestellt sieht, eine Weggabelung, die sich aus rein zionistischer Perspektive wie eine Sackgasse ausnehmen muss. Indiziert ist damit, dass mit dem israelischen Staat etwas nicht mehr stimmt, dass im zionistischen Projekt, welches sich ja im zionistischen Staat manifestiert, etwas auseinander geraten ist. Nicht nur wertemäßig, nicht nur moralisch, sondern primär in dem, was ich vorhin als Strukturkrise apostrophiert habe. Das würde ich ihnen jetzt gerne darlegen. Wenn wir dann noch Zeit haben, können wir auf Fragen, die Israel-Deutschland und Israel-Österreich betreffen, zu sprechen kommen. Hervorheben würde ich dabei noch, was Frau Seewald vorhin sehr richtig sagte: Wenn Sie es mit Israel gut meinen, dann brauchen Sie sich nicht von einer verblendeten und blinden Israelsolidarität, die für meine Begriffe mit den wahren Interessen Israels gar nichts zu tun hat – und die von Israel sowieso nicht wahrgenommen wird –, leiten zu lassen. Es geht um die Frage, inwieweit man einen neuen Zustand, mithin eine neue Konstellation herstellen kann, damit diese Sackgasse überwunden wird – damit die Sackgasse nicht mehr Sackgasse ist.

Ich beginne also mit der Darlegung: Israel könnte das verwirklichen, was rhetorisch schon seit vielen Jahren in aller Munde ist, ja, selbst von einem Olmert in der Endphase seiner Amtszeit artikuliert worden ist – er hat ja so links geredet, wie noch kein israelischer

Ministerpräsident zuvor – Israel könnte also diese Rhetorik eines Ehud Olmert verwirklichen wollen und beschließen, dass es sich aus den besetzten Gebieten zurückzieht. Aus dem Gazastreifen hat es sich schon vermeintlich zurückgezogen, und die Golanhöhen will ich im hier erörterten Zusammenhang mal in Klammern setzen; also geht es primär um den Rückzug aus dem Westjordanland. Gemeint ist dabei der Rückzug im Rahmen einer finalen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, und mit ihm vielleicht des Nahostkonflikts insgesamt. Ich vertrete die These, dass wenn es dazu kommen sollte, ein Zustand zu erwarten steht, der zu einer bürgerkriegsähnlichen Szene führen könnte. Der Grund dafür liegt darin, dass es hinreichen würde, wenn von den insgesamt 250 000 Siedlern in der Westbank, 1000, 2000, 5000, aber es würden schon 1000 reichen, sich verbarrikadieren und im Namen all der Parteien, die bald im rechten Flügel des israelischen Parlaments Eingang finden werden, sagen: „Nur über unsere Leiche wird der Auszug aus diesen Gebieten stattfinden“. Dabei werden sie nicht unbedingt mit Sicherheitsargumenten aufwarten, auch keiner säkularen Großisraelideologie das Wort reden, sondern strikt behaupten, dass es sich um ein Land handle, welches nicht verhandelbar sein kann, weil es gottverheißenes Land ist, Land der Urväter, und entsprechend sei weder dem israelischen Premierminister noch dem israelischen Parlament und überhaupt irgendeiner Instanz der israelischen politischen Praxis erlaubt, dieses Land zu veräußern. In den Augen dieser Leute sind wir in das Land der Urväter zurückgekehrt, um in diesem Land in alle Ewigkeit zu bleiben.

Ich rede, meine Damen und Herren, von Leuten, die für den Diskurs um das Siedlungswerk bestimmend geworden sind. Es handelt sich längst nicht mehr um das Siedlungswerk im Sinne der Sicherheitssiedlungen, wie man sie Anfang der 70er Jahre noch meinte, definieren zu dürfen. Es geht auch nicht mehr um die Großisraelideologie eines Menachem Begin in der ideologischen Nachfolge eines Zeev Jabotinsky. Diese säkulare Version der Großisraelideologie hat sich überlebt; das haben die letzten Likud-Leute schon begriffen. Es geht vielmehr um Menschen, die aus rein religiösen Motiven sagen: Wir können hier gar nicht weg, weil das gottgewollt unser Land ist. Und wenn die sich verbarrikadieren – es handelt sich um Leute, die alle militärisch versiert sind, bis an die Zähne bewaffnet, allesamt kampferprobt – wenn also diese Leute sich verbarrikadieren, und der israelische Staat sein Gewaltmonopol gegen sie einsetzen muss, und es zum Schusswechsel kommt, und die ersten 25 Siedler tot oder schwerverletzt daliegen und 10 Soldaten und 15 Grenzschutzleute dazu etc. etc. – wenn all dies geschieht, ist meine Prognose, dass alle Nähte der israelischen Gesellschaft aufplatzen werden. Sie müssen nämlich wissen, dass es keine sonderlich festen Nähte sind, die die israelische Gesellschaft zusammenhalten, eine Gesellschaft, die durchwirkt ist von Konflikten zwischen aschkenasischen und orientalischen Juden, zwischen säkularen und religiösen Juden, zwischen Juden und Arabern, zwischen eingewanderten

Russen und Alteingesessenen – ich könnte ihnen jetzt acht oder neun Konfliktachsen aufzählen, die über Jahrzehnte von einer ideologisierten Sicherheitsproblematik, welche eine prekäre Kittfunktion erfüllt, zusammengehalten wurden. Alle Nähte, die dieses Konfliktnetz zusammenhalten, würden also schlagartig aufplatzen, allen voran das, was Sie jetzt in den letzten Wahlen mitbekommen haben. Nämlich die irritierende Tatsache, dass obwohl man schon seit vielen, vielen Jahren in den Erhebungen dauernd 60 bis 70 % kriegt, die für die Rückgabe der Gebiete sind, aus den Wahlen eine Regierung zustande kommen wird, an deren Spitze jemand steht, der sagt, es werde keinen Palästinenserstaat geben, und es wird nie dazu kommen, dass man die Golanhöhen räumt. Das heißt also: Was sich darin widerspiegelt, was die Politik mittlerweile real ausspricht, würde von den Siedlern zum Axiom erhoben werden, der Rückzug aus den besetzten Gebieten komme gar nicht in Frage – und es steht zu erwarten, dass die israelische Bevölkerung an diesem Punkt völlig aufgespalten würde. Alle Nähte würden, wie gesagt, aufplatzen, viele aus der israelischen Bevölkerung würden sich mit den Siedlern solidarisieren; es wird auch große Demonstrationen gegen die Siedler und gegen diejenigen, die sich mit ihnen solidarisieren, geben, ganz ohne Zweifel, aber es würde dabei eben zu einem gravierenden Riss in der israelischen Gesellschaft kommen, einem Riss, den wir so noch nie erlebt haben. Ich sage "den wir so noch nicht erlebt haben" für den Fall, dass man mir entgegenhalten möchte, man habe doch den Rückzug aus dem Gazastreifen erlebt, und es sei ja nicht zum sogenannten "Bruderkrieg", wie er in Israel genannt wird, gekommen. Machen Sie sich da keine falschen Vorstellungen. Der Gazastreifen war ein Kinderspiel gemessen daran, was ansteht, wenn es zur Räumung des Westjordanlands kommt.

Erst mal von den Größenordnungen her: Beim Gazastreifen handelte es sich um 6000 bis 7000 Siedler; bei der Westbank geht es um 250.000 bis 300.000 Siedler, allen voran um fanatisierte Hardliner. Zudem ist es von der Infrastruktur her nicht vergleichbar, auch von der militärischen Infrastruktur, die erforderlich wäre, um die Siedler des Westjordanlandes zum Abzug zu zwingen. Schon gar nicht davon zu reden, dass es höchst fraglich ist, ob, wenn sich die Dinge politisch bewegen würden, der Rechtsruck mithin sich noch vehementer artikulieren würde, die Bereitschaft vieler Soldaten, sich am Räumungsakt zu beteiligen, garantiert wäre. Das israelische Militär hat in den letzten 20 Jahren, wie verschiedentlich berichtet, eine Metamorphose erlebt. Darüber erfahren Sie normalerweise nichts, aber viele der mittleren Offiziersränge in den Kampfeinheiten werden mittlerweile von Leuten, die aus den Siedlungen in den besetzten Gebieten kommen, getragen. Man muss sich daher durchaus auch Gedanken darüber machen, welcher Loyalität das Militär nachgehen wird, wenn es zum wirklichen Riss kommen sollte. Vergleichen Sie nicht den Gazastreifen mit dem, was im Westjordanland ansteht. Das ist eine ganz andere Oper, das sind ganz andere

Koordinaten, ganz andere Größenordnungen; vor allem aber hat auch das Westjordanland für die Siedler einen ganz anderen religiösen Stellenwert, als der Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel oder der Golan je hatten. Im Westjordanland geht es für die Nationalreligiösen ums Eingemachte. Das ist das Land, von dem man sagt, dass sich in der Rückkehr zu ihm die Ankunft des jüdischen Messias ankündige – also eine religiös aufgeladene Perspektive.

Ich klammere jetzt eine Möglichkeit aus, die in Israel oft debattiert worden und mit Liebermann nunmehr gleichsam aktuell geworden ist, nämlich die des sogenannten Bevölkerungstransfers. Ich halte ihre Verwirklichung schlicht nicht für wahrscheinlich. Gemeint ist eine Politik, welche die im Westjordanland lebenden Palästinenser – und wenn es nach Liebermann geht, auch die in Israel lebenden Araber – verjagt oder deportiert bzw. aus dem israelischen Kernland und den besetzten Gebieten nach und nach vertreibt. Ich glaube, wie gesagt, nicht, dass das eine reale historische Möglichkeit darstellt. Man redet zwar oft von ihr; es ist auch in Israel salonfähig geworden, über sie zu debattieren, und dennoch ist das keine ernst zu nehmende Möglichkeit. Denn erstens würden weder die Vereinigten Staaten noch die EU ihren Vollzug jemals zulassen. Ich glaube, sie würde darüber hinaus die gesamte arabische Welt in Zugzwang bringen, und zwar mit der realen Perspektive des Ausbruchs eines regionalen Krieges. Vor allem möchte ich aber hervorheben, dass eine Menge Juden in Israel sich einem solchen Ereignis widersetzen würden. Ich stelle mir vor, dass wenn es dazu kommt – ich mache das jetzt ganz dramatisch – dass man versucht, die Araber auf Lastwagen aus dem Kernland zu schaffen, sich viele Israelis, zionistische Israelis, auf die Straße legen würden, um dies zu verhindern. Also selbst viele der Menschen, die den Gazakrieg abgesegnet haben, würden eine solche Maßnahme nicht zulassen. Es gibt zwar eine nicht formal ausgerufenen, aber dennoch permanent betriebene Transferaktivität, bei der Palästinenser durch staatlich praktizierte Landnahme und neue Grenzziehungen mit der sogenannten Schutzmauer aus ihren Gebieten verdrängt werden. Aber das ist etwas anderes. Ich rede vom Transfer, wie ihn sich ein Liebermann vorstellen würde, und einen solchen halte ich – das sei nochmals hervorgehoben – für nicht machbar.

Ich schreite jetzt zur dritten Möglichkeit der israelischen Politik, welche freilich keine Möglichkeit ist, sondern eine seit langem praktizierte Realität, nämlich die, dass Israel beschließt, das besetzte Gebiet des Westjordanlands nicht zurück zu geben. Erst heute morgen stand beispielsweise in der israelischen Tageszeitung "Haaretz", dass Netanjahu wieder proklamiert hat, in seiner Amtsperiode werde es nicht zum palästinensischen Staat kommen, auch nicht zur Rückgabe der Golanhöhen an die Syrer. Ich möchte Ihnen diese Möglichkeit einer Nichtrückgabe der Gebiete mit einem dreifachen Begründungskontext

darlegen. Es gibt eine Perspektive, wie sie vielleicht wenige kennen – eine linke israelische Perspektive – welche besagt, der Rückzug aus dem Westjordanland sei nicht mehr zu machen; das, was in diesem okkupierten Gebiet zustande gekommen ist, sei irreversibel. Dabei geht es nicht nur um das, was dort aufgebaut worden ist, sondern auch um den Umstand, dass die Siedler dort Wurzeln geschlagen haben. Sie müssen bedenken, vom Standpunkt der Siedler lebt im Westjordanland bereits die dritte Generation. Wenn ich an dieser Stelle einen Bibelspruch anbringen darf – es handelt sich um eine Generation, die Josef noch nicht gekannt hat, also um eine Generation, welche die Verhältnisse vor 1967 lebensgeschichtlich nicht präsent hat; was sie kennt, kennt sie nur aus dem Bewusstsein des Besatzungszustands. Es gibt israelische Linke, deren artikuliertester Vertreter der israelische Politologe Meron Benvenisti ist, die schon seit gut 15-20 Jahren behaupten, dass das, was im Westjordanland gewachsen ist, letztlich irreversibel sei; so viel Geld wurde in den Aufbau des Siedlungswerks investiert, eine so umfassende Infrastruktur hergestellt, so viele Siedler dort aufgenommen, dass das Militär gar nicht fähig sein dürfte, so viele Menschen zum Abbau ihrer Siedlungen und zum Abzug zu bewegen, geschweige denn, zu zwingen. Welche Schlussfolgerungen Meron Benvenisti daraus zieht, wird gleich zu bereden sein. Aber die eine Möglichkeit wäre, wie gesagt, zu sagen, dass selbst wenn man wollte, könnte man den Rückzug gar nicht vollziehen, weil das Entstandene, das sich dort etabliert hat, irreversibel ist.

Es gibt natürlich die andere, sich von selbst ergebende Begründungsperspektive des Nichtrückzugs aus den besetzten Gebieten, nämlich die der rechten Ultras, von denen gerade die Rede war. Diejenigen also, die vom gottverheißenen Land reden, darüber hinaus aber auch postulieren, dass das Land ihnen gehöre, weil sie es eben besiedelt hätten, weil sie einen archaisch gewachsenen historischen Bezug zu diesem Land hätten, weil die Palästinenser schlicht nichts auf diesem Land verloren und entsprechend nichts zu wollen hätten, weshalb man denn in alle Ewigkeit unter Gewaltbedingungen zu leben hätte. Dass dies nur ewige Gewaltzirkel zeitigen könne, weil zu erwarten steht, dass die Palästinenser immer wieder auf den Zustand der fortwährenden Okkupation reagieren werden, quittieren sie mit der fatalistischen Feststellung, das sei nun mal das jüdische Schicksal, in alle Ewigkeit "auf dem Schwert gestützt" zu leben. Israel und die Juden sind ohnehin ein in der Welt einsames Volk, das verurteilt ist, allein zu leben; es ist ja das auserwählte Volk, was die Einsamkeit unter den Völkern zwangsläufig mit sich bringe. Daher sei es nicht zu verwundern, dass die Juden es im Nahen Osten immer wieder mit Gewalt zu tun haben, das sei ihnen von Gott verheißen worden – und erst wenn dereinst der Messias kommen wird, werde sich alles zum Besseren wenden. Bis dahin müsse man ausharren, wie es sich für ein standfestes Volk mit Rückgrat gehört.

Die dritte, vielleicht interessanteste Begründungsperspektive für den Nichtabzug aus dem Westjordanland werden Sie vielleicht schon mal von Palästinensern, mit denen Sie zusammenkommen, gehört haben; vielleicht sitzen auch einige von ihnen im Publikum. Dieser Perspektive zufolge ist es völlig unsinnig, dass die Palästinenser immer wieder versuchen, sich mit Israel militärisch anzulegen. Es sei ja vollkommen klar, dass angesichts der herrschenden Macht- und Gewaltverhältnisse die Palästinenser gegen Israel nichts vermögen. Auch nicht als verlängerter Arm von Iran in der Form der Hamas im Süden Israels. Man könne Israel anstechen, terrorisieren, man könne Guerillaaktionen unternehmen, aber das bedrohe nicht die Existenz des Staates Israel. Dafür gibt es aber den Israelis stets die Handhabe, jedesmal, wenn Gewalt von palästinensischer Seite kommt, in deren Wohngebiete einzudringen und mit voller Gewalt zu retaillieren, wie damals beim Ausbruch der zweiten Intifada, als Sharon mit massivstem Militär in Ramallah und Jenin sowie in den Gazastreifen eindrang, um den palästinensischen Widerstand niederzuwalzen. Moderate Palästinenser sagten damals schon, man dürfe die Intifada nicht militarisieren, sondern müsse ausharren – den Zustand, so wie er ist, hinnehmen, eventuell sogar die israelische Oberhoheit in den Gebieten anerkennen, um dann aber auch früher oder später Bürgerrechte zu fordern. Und hier kommt etwas ins Spiel, von dem ich nicht weiß, ob es hierzulande bekannt ist, in Israel aber schon seit gut sechs, sieben Jahren thematisiert wird, nämlich die sogenannte "demographisch tickende Zeitbombe". Für meine Begriffe war es primär die Einsicht in diese demographisch tickende Zeitbombe, die Rabin seinerzeit antrieb, den Oslo-Prozess zu beginnen, mithin auch Sharon motivierte, sich aus dem Gazastreifen zurückzuziehen. Die leicht rassistisch eingefärbte Behauptung einer demographisch tickenden Zeitbombe bedeutet nämlich nichts anderes, als das, wenn die Zustände so bleiben, wie sie sich abzeichnen, also wenn die Gebiete nicht zurückgegeben werden und Israel, abgesehen von den 1,3 Millionen im Kernland Israel lebenden Arabern, noch über 4 Millionen Palästinenser in das von ihm beherrschte Gebiet integrieren muss, dann eintreten wird, was Demographen und Geographen schon längst prognostiziert haben, dass nämlich die Juden eher früher als später zur Minorität im eigenen Land werden. Da haben übrigens die über eine Million nach Israel eingewanderten Russen, von denen 30 bis 40% nach orthodoxem Gesetz keine Juden waren, nicht geholfen. Es ist heute in der Tat absehbar, wann die Juden zur Minorität im eigenen Land werden. Nun weiß jeder von Ihnen, der den Zionismus und seine Grundpostulate kennt, dass der Zionismus immer gefordert hat, Juden mögen im eigenen Land stets eine Majorität bilden; dieses Postulat wurde begreiflicherweise auch nie in Frage gestellt. Wenn also Juden zur Minorität im eigenen Land werden, gibt es im Grunde genommen nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, dass ein Apartheidstaat entsteht – ich möchte jetzt nicht auf die Polemik eingehen, ob Israel heute

schon ein Apartheidstaat ist oder nicht; für meine Begriffe sollte man mit dem Begriff vorsichtig umgehen. Eindeutig ist hingegen, dass wenn die Juden die Minorität im eigenen Staat bilden und eine in ihm lebende Majorität unterdrücken, es sich dann objektiv um einen Apartheidstaat handelt. Daran wird es nichts zu rütteln geben. Und mit allergrößter Bestimmtheit kann ich ihnen eines sagen – und das ist jetzt meine zweite These: Dass nämlich sowohl die von Meron Benvenisti stark gemachte These der Irreversibilität wie die von den rechten jüdischen Ultras aufgestellte Behauptung hinsichtlich des undenkbaren Rückzugs aus den besetzten Gebieten als auch die die von moderaten Palästinensern thematisierte Forderung des Ausharrens *objektiv* zur Entstehung und Entfaltung einer binationalen Struktur führt. Ich sage nicht, dass dieser Zustand *subjektiv* gewollt zu einem binationalen Staat führt, sondern *objektiv* zu einer binationalen Struktur. Das bedeutet, dass subjektiv Ungewolltes objektiv im Werden begriffen ist.

Wenn das, was ich Ihnen vorgelegt habe, stimmt – und Sie müssen mir erst nachweisen, dass dem nicht so ist, und vergessen Sie nicht, ich polemisiere nicht, sondern beziehe mich auf eine handfeste Strukturanalyse, auf das, was Israel historisch bevorsteht –, dann sieht sich Israel gezwungen, zwischen zwei zentralen Möglichkeiten zu lavieren: Zum einen der Rückgabe der besetzten Gebiete – und ich sage von vornherein, das ist für mich die einzige Möglichkeit, um überhaupt noch den zionistischen Staat nach seinem eigenen Anspruch zu erhalten. Damit wäre freilich die Gefahr verbunden, dass ein solcher Akt große Tumulte in Israel zeitigen wird, was massive Auswanderung zur Folge haben könnte, Kapitalflucht, größeren brain drain und dergleichen zivilgesellschaftlicher Katastrophen mehr. Lassen Sie mich das jetzt als "Bürgerkrieg" kodieren. Zum anderen, wie gesagt, die objektive Entstehung einer binationalen Struktur. Meine Damen und Herren für den Durchschnittszionisten, wenn ich einen solchen jetzt einmal konstruieren darf, ist das die Wahl zwischen Pest und Cholera. Das ist im Grunde genommen die Wahl zwischen zwei Unmöglichkeiten, weil sie beide bedeuten, dass der Zionismus, wie wir ihn gekannt haben, an eine schwerwiegende, gravierende, historische Krise gelangt ist, der er sich für meine Begriffe nur schwerlich entziehen kann. Das hat, wie vorhin angezeigt, Rabin wohl verstanden und dafür mit dem Leben bezahlt; das hat m.E. auch Ariel Sharon kapiert, der hat es mit etwas anderem bezahlt. Es geht letztendlich um die schwerwiegende Einsicht, dass man aus dieser Sackgasse nur dann herauskommen kann, wenn man das, was im Oslo-Prozess als Notwendigkeit hochgespült worden ist – nämlich die Zwei-Staaten-Lösung – zu diesem historischen Zeitpunkt versucht zu verwirklichen. D.h. also: Rückzug aus den besetzten Gebieten mit allem, was dafür der Preis sein muss, Abbau der Siedlungen, mit allem, was dafür der Preis sein muss, Lösung der Jerusalemfrage im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung und eine symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts der Palästinenser, das dann politisch zu

verhandeln wäre. Für meine Begriffe müsste dann die verwirklichte Zwei-Staaten-Lösung mittel- oder langfristig auf eine – wie immer geartete – konföderative Konstellation hinauslaufen. Warum, können wir nachher debattieren.

Mein Vortrag dauert schon zu lange an, deshalb möchte ich, nachdem ich Ihnen diese Zwangslage, diese strukturelle Sackgasse, in der sich Israel befindet, dargestellt habe, noch etwas zum Abschluss sagen. Ich beziehe mich dabei auf etwas, das vorhin kurz angerissen wurde; vielleicht können wir es nachher noch im Gespräch vertiefen. Es stellt sich die Frage, wie das alles in der Welt, vor allem aber in Deutschland und in Österreich, wahrgenommen wird? Vieles von dem, meine Damen und Herren, was ich heute Abend gesagt habe, kann von rechtsradikalen Europäern, Deutschen oder Österreichern, eventuell von Neonazis und Antisemiten instrumentalisiert werden. Sie müssen sich nachher in der Debatte fragen, ob Sie nicht selbst zu ihnen gehören. Aber eine Sache kann klar gesagt werden: Was ich ihnen hier dargelegt habe, ist eine strukturelle Analyse, etwas, das sich historisch gebildet hat. Das jetzt zu vereinnahmen, um deutsche bzw. österreichische Befindlichkeiten, nämlich die Auseinandersetzung von Deutschland mit seiner eigenen Vergangenheit oder von Deutschen bzw. Österreichern mit ihrer eigenen Vergangenheit, die ja von Anfang an nicht sehr glorreich aufgearbeitet worden war, also die Praktizierung einer fremdbestimmten Vereinnahmung, damit möchte ich nichts zu tun haben. Der Antisemitismus, auch dann, wenn er sich "humanistisch" geriert, gehört überall dort bekämpft, wo er seine Fratze erhebt. Eine andere Frage ist wiederum, ob man mittlerweile begriffen hat, dass Antisemitismus eine Sache ist, Antizionismus eine zweite und Israelkritik eine dritte. Man kann sehr gut antisemitisch sein, dabei aber sehr israelfreundlich. Und sei es deshalb, damit die Juden endlich "in ihr Land" verschwinden. Herr Bubis ist einmal in Deutschland gefragt worden: Wann kehren Sie in ihre Heimat zurück? Und Bubis sagte: Ich dachte, ich bin in meiner Heimat. Er verstand Deutschland als seine Heimat. Antisemitismus hat mit Antizionismus nicht unbedingt etwas zu tun, obwohl es sich natürlich auch als Antizionismus geben kann. Aber antizionistisch können auch Juden sein. Ich übrigens nicht – zwar bin ich kein Zionist, aber ich bin auch kein Antizionist, denn ich meine nicht, dass der Zionismus seinem Wesen nach nie in die Geschichte hätte Eingang finden dürfen. Aber es gibt jüdische Bundisten, jüdische Kommunisten, es gibt orthodox religiöse Juden, die den Staat Israel – aus welchen Gründen auch immer; die Kommunisten aus anderen Gründen als die Orthodoxen – für einen Frevel halten. Das sind Antizionisten. Nach meinem Dafürhalten ist der Zionismus keine Lösung für das jüdische Volk. Dem ist übrigens faktisch so: Der Zionismus muss sich nach mehr als 100 Jahren der Frage stellen, ob er die Antwort auf den Weltantisemitismus gegeben habe, oder ist es eher so, dass der Jude in seinem eigenen Staat mehr bedroht ist als in irgendeinem anderen Land der Welt. Israelkritik hat nichts mit

Antizionismus zu tun. Ich bin sehr israelkritisch, war nie Antisemit, war nie antizionistisch, bin kein Zionist mehr, aber nicht aus diesem Grund israelkritisch. Ich bin es, weil es für mich eine Barbarei ist, was Israel in den besetzten Gebieten betreibt; ich bin es auch, weil ich meine, dass Juden eine alte jüdische Leiderfahrung verraten, indem sie die Opfer der Vergangenheit zu einer Apologie der Entstehung von neuen Opfern werden lassen. Man verrät gleichsam die Opfer des eigenen Volkes. Man gedenkt nicht des Opfers im Stande seines Opferseins, wenn man das legitimieren kann, was man in Israel leichterding zu legitimieren pflegt. Aber ich bin auch israelkritisch, weil Israel, wie ich versucht habe, Ihnen heute darzulegen, gegen Israels objektive Interessen handelt. Um eine Metapher, die ich oft verwende, hier noch einmal anzubringen: Israel hat im Jahre 67 einen Apfel in seinen Mund genommen, war nicht fähig diesen Apfel zu schlucken, war nicht fähig diesen Apfel auszuspucken und erstickt jetzt an diesem Apfel. Wenn Israel sich noch irgendeine Zukunftsperspektive als zionistischer Staat offenhalten will, dann kann es nicht weiterhin so offenkundig gegen sein eigenes Interesse handeln.

Wenn man jetzt mit den Leuten von Rechts redet und sie fragt: Ihr bildet jetzt die Koalition – was habt ihr denn den Menschen im Land anzubieten? Die Antworten sind stets leere Worthülsen. Nichts haben sie den Menschen als Perspektive anzubieten! Man hat ihnen auch während des Wahlkampfes nichts angeboten; nichts Substantielles wurde im Wahlkampf verhandelt. Verhandelt wurde, ob Livni männlich genug ist, um im Ausnahmezustand das Militär so anzuführen wie die Mannsbilder Barak oder Netanjahu. Das Wichtigste, was sie selbst anzubieten hatte, war die Preisung ihrer eigenen "männlichen" Führungsfähigkeit. Wenn hier also eine Israelkritik vorgetragen wird – ohnehin eine aus Israel kommende Israelkritik, selbst wenn sie in einem solchen wunderschönen Saal in Wien vorgetragen wird –, dann ist sie von einer genuinen Sorge um das Land Israel getrieben.

Ich möchte noch eine Sache hinzufügen. Sie haben ja gemerkt, dass ich Ihnen heute eine jüdisch-israelisch-zionistische Perspektive offeriert habe. Es stellt sich die große Frage: Und was ist mit den Palästinensern? Das war zwar nicht mein Vortragsthema heute, aber ich möchte dennoch kurz einige Koordinaten skizzieren. Schauen Sie, als einer, der mit Palästinensern schon viele Jahre zu tun hatte und mit ihnen teilweise auch akademisch und politisch verhandelt ist, kann ich Ihnen sagen: Es ist in der Tat so, dass die Palästinenser oft gravierende Fehler gemacht und Chancen, die sich ihnen geboten haben, nicht wahrgenommen haben. Die Gründe mögen innenpolitische palästinensische Gründe gewesen sein, aber sie haben Chancen verpasst und Möglichkeiten verstreichen lassen. Und dennoch möchte ich eines ganz dezidiert festgestellt haben: Bei alledem, dass man der PLO berechtigterweise Korruption und Arafat Unterlassungen vorwerfen kann, eines sollte Ihnen

klar sein: Die Schwachen waren immer die Palästinenser. Die Karten, um den Nahostkonflikt zwischen Israel und Palästina zu lösen, hatte stets Israel in der Hand – von Anbeginn und ohnehin seit 1967. Es geht um die Rückgabe der Gebiete, also um ein Territorialproblem. Lassen Sie sich ja nicht einfallen, dass es sich um ein religiöses oder ein kulturelles handelt, es geht um ein territoriales Problem, das territorial und eben historisch lösbar ist. Die Karten dafür lagen immer primär in israelischer Hand. Und wenn man scheinheilig den Umstand bedauert, dass es „no partner“ auf der anderen Seite gibt, wie es die Israelis seit einem Jahrzehnt tun, muss komplementär hinzugefügt werden, dass die Israelis nie wirklich darum bemüht waren, dass es einen Partner auf der anderen Seite gibt. Wenn man heute die Hamas, die im Gazastreifen an die Regierung gelangt ist, beklagt, darf man nie vergessen, dass es in den 70er Jahren Israel war, das gegen die säkulare PLO agierte – und vergessen Sie das nicht: die PLO war die säkularste aller arabischen Kollektivitäten im Nahen Osten – und in diesem Zusammenhang versucht hat, die religiösen Kräfte im palästinensischen Lager gegen die PLO stark zu machen. Na, und wie es so schön heißt, die Geister, die man rief, die wurde man nicht wieder los.

Wir müssen uns also fragen, was hat Israel selbst dazu beigetragen, dass die Religion bei den Palästinensern zu einem so gravierenden politischen Faktor avancieren konnte? Schon 1982 war Sharon bestrebt, die Palästinenser aus dem Westjordanland zu vertreiben. Das blieb im Grunde genommen seine Vision bis zum Schluss. Seit 2000, nach Ausbruch der Intifada, durfte er sich dann auch dahingehend austoben: Die Autonomiebehörde demontieren, die PLO paralysieren, Arafat unschädlich machen – und dann jammern, es gebe auf palästinensischer Seite keinen Partner. Man kann sich nicht aus dem Gazastreifen zurückziehen, diesen Landstrich zuschnüren und abwürgen und dann noch meinen, einen großen emanzipativen Akt vollzogen zu haben. Wenn man abschnürt und abwürgt, dann entstehen Tunnels, in denen auch Waffen geschmuggelt werden; nur wundern darf man sich darüber nicht. Das muss man sich klar machen. Ein Israelkritiker macht sich das klar. Das Problem besteht nur darin, dass die wenigsten in Israel sich dies klar machen wollen; lieber bejubelt man einen unseligen Krieg. Es geht hier um die Frage, inwieweit man sich vor Augen halten kann, dass Israelkritik die Existenz Israels, schon gar nicht das Existenzrecht Israels in Frage stellt, sondern ein genuines Interesse Israels wahrnimmt. Und wenn in Deutschland oder in Österreich Leute sagen: Wir wußten es schon immer – die Juden sind genau das, was man ihnen immer schon vorgeworfen hat, dann haben wir es mit etwas Anderem zu tun, nämlich mit deutschen und österreichischen Befindlichkeiten. Und glauben Sie mir, diese Befindlichkeiten berühren uns im Nahen Osten nicht im Geringsten. Ihre Probleme des Umgangs mit der Vergangenheit sind *Ihre* Probleme, nicht unsere. Vielleicht sind sie für Sie die wichtigsten Probleme, sie haben nur mit dem Nahostkonflikt als solchem zunächst mal

gar nichts zu tun. Man muss darauf achten, dass der Nahe Osten nicht zur Projektionsfläche verkommt. Man muss das auseinander halten: Antisemitismus ist eine Sache, Antizionismus eine andere, Israelkritik eine dritte Sache, und wer das nicht auseinander halten kann, muss sich selbst erst mal fragen, warum er das nicht kann. Vielen Dank.

Podiumsdiskussion

Walter Posch

Dankeschön zunächst. Ich möchte ergänzend zur Kollegin Seewald noch hinzufügen, dass selbstverständlich daran gedacht ist, dass nach unserer kurzen Diskussion hier am Podium Sie selbst auch ausreichend Gelegenheit haben werden, mit Prof. Zuckermann zu diskutieren bzw. Fragen zu stellen.

Ich beginne vielleicht mit einer, die sich aus den Anfängen Ihrer Ausführungen ergibt bezogen auf die Situation der israelischen Parteienlandschaft. Ich zitiere Uri Avnery vom 7.2.2009, der im Wesentlichen ähnliches sagt wie Sie: „Wir stehen einer armseligen Gruppe von Politikern gegenüber“ sagt er. Nun diese Mediokrität ist vielleicht nicht etwas spezifisch israelisches und auch nicht die Schlussfolgerungen: „Wenn alle übel sind, nehmen wir das kleinere Übel...Für mich ist das das größere Übel Benjamin Netanjahu“ betont Avnery, weil er sich schon zu einer Koalition mit Liebermann verpflichtet habe, und dass er auch Ehud Barak nicht wählen könne, weil der unmenschliche Krieg im Gaza Baraks Charakter widerspiegle. Er kritisiert auch Meretz dafür, dass Amos Oz sich fast überschlagen hätte, den Krieg gutzuheißen und zu loben, er kritisiert Livni, dass sie sich Mühe gegeben hätte, mehr Macho als alle anderen Machos in der Regierung zu sein, und er kommt Liebermann betreffend zu den gleichen Schlüssen wie Sie, nämlich dass er eine Partei gegründet habe auf nichts als Rassismus.

Andererseits hat Liebermann vorgeschlagen, man möge eine Regierung der nationalen Einheit bilden unter Einfluss von Kadima, Likud und Liebermann. Aber wenn man sich die ganze Sache anschaut, die Parteien anschaut von Kadima bis Liebermann - von der österreichischen Außensicht her- kommt man zu dem Schluss – und Sie haben das auch angedeutet – dann ist das ohnehin ohne Bedeutung, weil es in der israelischen Parteienlandschaft nur mehr eine sich israelisch definierende Mitte gibt, die sich in einem einig ist, in einem Grundkonsens, das ist der Außenfeind.

Sehen Sie das auch so, teilen Sie diese Einschätzung, und was führt dazu – in Israel wie in anderen Demokratien auch – dass gerade solche Charaktermasken an die Spitze von Parteien gespült werden oder Parteien repräsentieren, die diese Machowelt repräsentieren. Warum kommen Kriegshelden, Machos, Gewalttäter an die Spitze – sehr zugespitzt, ich gebe es zu?

Moshe Zuckermann

Zunächst mal allgemein zu Politikern. Haben wir hier Politiker im Publikum? Ah, es sind ein paar präsent. Naja, was ich gemeinhin vom Beruf des Politikers halte, was mithin die Theorie über den Beruf des Politikers sagt, und was Politiker, wie es sich weltgeschichtlich erwiesen hat, machen, möchte ich hier nicht erörtern, denn würde ich es tun, müsste darauf eingegangen werden, dass Politiker stets Macht und damit einhergehend Gewalt ausspielen. Im israelischen Kontext ist es auch klar, warum. Sie dürfen nicht vergessen, dass der Staat Israel aus einer historischen Not geboren worden ist. Er trug eine jüdische Verfolgungsgeschichte, die in Auschwitz kulminierte, weshalb die Sicherheitsfrage, die zudem auch durch die Tatsache verfestigt wurde, dass keiner der Nachbarstaaten Israel akzeptieren wollte, von vornherein ein in der Tat reales Problem darstellte. Es hat schon seinen objektiven Wahrheitskern, warum die Sicherheit in Israel stets so hoch gehalten wurde. Die Frage, die man sich stellen sollte, ist freilich, wie es dazu kam, dass die Sicherheit zum Fetisch geworden ist? Wie ist es dazu gekommen, dass sie den Charakter angenommen hat, der letztendlich dazu geführt hat, dass sich der starke Mann oder die starke Frau bzw. Stärke oder Gewalt sich derart verselbständigt haben und nunmehr einen gleichsam eigenen Diskurs führen. In dieser Hinsicht würde ich in der Tat sagen, dass es für Israel doch auch Spezifisches gibt. Es war ja seit Bibelzeiten nie eine gelebte Erfahrung, dass Juden nicht mehr die schwachen Verfolgten sind, sondern erstmals die erobernden Starken, Menschen, die starke Soldaten werden konnten. Und ich glaube – wenn ich das mal so leger sagen darf –, dass den Israelis in dieser Hinsicht die Pisse zu Kopf gestiegen ist. Der Triumpfalismus nach dem Sechs-Tage-Krieg war eines der größten Unglücke, die dieses Land sozialpsychologisch und vor allem im Hinblick auf die politische Psyche erfahren hat. Man erwartet seitdem, dass Israelis jedes Sicherheitsproblem immer mit größter Eleganz und Geschwindigkeit zu lösen vermögen. Und weil das seit 1967 nicht mehr der Fall war, hat sich ein Mythos daraus gebildet, der sich immer wieder, vor allem mit jeder neuen Wahl, reproduziert und eine politische Kultur verfestigt hat, bei der dieser Mythos immer wieder bedient werden muss. Sie haben ganz gewiss Recht, und ganz eklatant haben wir das in den 90er Jahren gesehen, dass nämlich die Außenpolitik, d.h. der Bezug zur arabischen Welt und besonders der israelisch-palästinensische Konflikt, immer eine Kittfunktion für die inneren Riss- und Konfliktachsen der israelischen Gesellschaft erfüllt hat. Als es während des Oslo-Prozesses einen Moment lang aussehen mochte, als verüberflüssige sich diese Kittfunktion, indem Rabin daran ging, die Sicherheitsfrage mit den Palästinensern auf friedlichem Wege zu lösen, wurde Rabin – Zufall oder kein Zufall, das überlasse ich Ihrer Interpretation – umgebracht. Das heißt, es ist ganz ohne Zweifel so, dass der äußere Feind bis zum heutigen Tag Israel die innere Kohäsion verschafft, und es ist dabei völlig egal, wie sehr die inneren Verhältnisse kontrovers und feindselig ausgetragen werden, sobald ein intensiver Antisemitismus von

außen kommt, atmet man gleichsam auf, denn dann hat man sozusagen wieder das national lodernde Stammesfeuer, um das man sich versammeln kann – den äußeren Feind.

Walter Posch

Stichwort Rabin, Friedensnobelpreisträger übrigens wie Arafat auch, sehen Sie da nicht einen merkwürdigen Gegensatz? Oder ist das konstitutive Paradigma der israelischen Staatsgründung per se schon die Gewalt? Warum kriegen solche, die sich der Gewalt bedienen, Friedensnobelpreise?

Moshe Zuckermann

Nein, nein, das wollen wir bitte auseinander halten! Ich meine, dass Rabin den Friedensnobelpreis gekriegt hat, hat einzig damit zu tun gehabt, dass Rabin am Ende seines Lebens ein Gewendeter war. Er wollte den Oslo-Prozess und eine finale Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts herbeiführen. Ich bin übrigens der Meinung, dass wir noch im Nachhinein, vielleicht utopisch, die Hoffnung, quasi als rückwirkende Hoffnung, weiterhin aufrecht halten sollten, dass, wenn Rabin am Leben geblieben wäre, die gesamte Entwicklung der Beziehung zwischen Israel und Palästina anders verlaufen wäre. Dass Rabin umgebracht wurde, hat mit dem zu tun, was ich vorher gesagt habe. Es geht also nicht nur um die allgemeine Phänomenologie von Generälen, die plötzlich zum Frieden taugen und deshalb in Stockholm den Friedensnobelpreis erhalten, sondern darum, dass diejenigen, die den Friedenspreis verdient haben, ihn auch erhalten. Ich würde übrigens Peres nicht unbedingt dazu zählen, Rabin aber sehr wohl. Das eigentliche Problem liegt für mich jedoch in der Frage, wie es dazu gekommen ist, dass Generäle und andere Träger von Gewalt zum gängigen Fetisch des israelischen Selbstverständnisses geworden sind? Und das hatte, wie ich gerade zu erklären versucht habe, mit der Genese Israels aus einer historischen Leiderfahrung zu tun, die sich aber später nach und nach verselbständigt und verdinglicht hat. Der letzte Wahlkampf wurde in der Tat so geführt, dass es bei den Analysen, mithin in den Fotoanalysen der Zeitungen, und in den politischen Kommentaren vor allem darum ging, ob Livni – wie soll man sagen? – firm genug, gefestigt genug, männlich genug dreinschaut, um daraus abzuleiten, inwiefern sie für das israelische Wahlvolk attraktiv sein kann. Ich würde von daher meinen, dass wir es hier viel mehr mit einer generellen Ideologie zu tun haben, als mit der Frage, warum es angeht oder nicht angeht, dass Rabin den Friedensnobelpreis bekommen hat. Wenn das, was Rabin und Arafat angedacht haben, zu Ende geführt worden wäre, wäre vieles anders gelaufen. Oh wäre es nur so weit gekommen!

Helmut Krieger

Was aber heißt, dass der Osloer-Prozess von seinem Konzept her und den konkreten Manifestationen seit 1993 wirklich dieses Potential des Friedens beinhaltet und quasi mit der Ermordung von Rabin de facto in der israelischen Gesellschaft dann mehr und mehr zu einer Art von Verwaltung dieses Prozesses geführt hat und nicht mehr diese Utopie des Friedens beinhaltet hat. Es gibt natürlich auch das andere Narrativ, das Oslo ganz gezielt als ein hegemoniales Projekt der israelischen Sozialdemokratie definiert, als ein letztes nach dem Einbüßen der alten Position bis in die 70er Jahre. Und diese Ambivalenz dieses Oslo-Projektes verbleibt im Sinne von sukzessivem Ausbau der Siedlungen, dennoch gleichzeitig Verhandlungen und des gleichzeitigen Aufbrechens der verschiedenen gesellschaftlichen Widersprüche, wie sie es skizziert haben.

Moshe Zuckermann

Jaja, statt Ambivalenz würde ich nur gern Dialektik sagen. Sie haben vollkommen Recht mit dem, was Sie gesagt haben. Beim Oslo-Prozess gehörte ich einer Gruppe von Leuten in Israel an, die der Meinung waren, dass es sich im Grunde genommen nur um einen Kapitulationsfrieden handle, ein Friede unter der hegemonialen Beibehaltung der Herrschaft der Israelis. Aber – und jetzt kommt das dialektische Moment des Aber – dies ändert nichts an der Tatsache, dass, obwohl wir im Nachhinein wissen, dass sich das Kontingent an Siedlern gerade in den Oslo-Jahren verdoppelt hat, also von 100.000 auf 200.000 angestiegen ist, ich hier doch auch den Hegelschen Begriff der historisch realen Möglichkeit anbringen würde. Mit historisch realer Möglichkeit ist gemeint, dass es eine objektive Struktur gibt, bei der, trotz aller Hegemonialbeherrschung des Konflikts, trotz aller repressiven Prädispositionen, sich dennoch eine Dynamik einstellen kann, die diese emanzipativen historischen Potentiale umsetzen kann. Also beispielsweise, dass es mit den Amerikanern, die den Oslo-Prozess – aus Gründen übrigens, die eher mit der Geopolitik Amerikas zu tun hatten – forciert haben, dazu geführt hat, dass die Israelis nach Madrid abkommandiert wurden, nicht zuletzt, weil die Amerikaner erst einmal Ruhe in der Nahostregion haben wollten. Das heißt, historisch reale Möglichkeiten bedeuten für mich Potentiale, die entweder versanden können, wie der Oslo-Prozess, die aber als Potentiale auch etwas anderes zeitigen können. Und was ich mit Rabin versucht habe, klarzumachen, ist, dass er eben auch Träger von Hoffnungen war; selbst für Leute wie Uri Avnery, und auch für mich, der kein großer Rabin-Freund war, weil ich immer meinte, dass er ein Gewaltmensch sei, auch für mich war er ein Hoffnungsträger, obwohl ich den Prozessverlauf als solchen kritisiert habe.

Helmut Krieger

Könnte man daraus folgern, dass der Oslo-Prozess zu kurz war für die israelische Gesellschaft, um diesen Prozess der Zwei-Staaten-Lösung durchsetzen zu können? Um – der israelische Soziologe Uri Ram hat das einmal 1999/2000 angemerkt – eine postzionistische politisch-ideologische Strömung auch im Parteienspektrum zu etablieren und ausgehend von einer zionistischen Linken, wirklich schaffen zu können, sodass auch eine politische Basis dagewesen wäre, aus dem Oslo-Projekt eine Zwei-Staaten-Lösung zu machen, in den Grenzen von 1967?

Moshe Zuckermann

Ich lächle deshalb, weil Uri Ram ein Freund von mir ist und er den Begriff des Postzionismus geprägt hat. Nun wissen wir ja, dass alle Leute, die an der Universität lehren und einen Begriff prägen, mithin auch ihre Bücher schreiben, ihr kulturelles Kapital dann auch verteidigen müssen. Das Problem liegt im Folgenden: Es gab eine größere Reportage in der Beilage der Tageszeitung "Haaretz", die sich mit den sogenannten Postzionisten befasste. Da kamen solche Leute vor wie Uri Ram und Amnon Raz-Krakotzkin und viele andere vor – auch ich wurde aus unerfindlichen Gründen, obwohl ich mich nie als Postzionisten definiert habe, mit aufgezählt. Und dann fragte die Reporterin, eine kluge Frau, zwei Jahre später, nachdem der Oslo-Prozess zusammengebrochen und die zweite Intifada ausgebrochen war, wer von den 20 Leuten, die an dieser Reportage teilgenommen und sich selbst als Postzionisten apostrophiert hatte, sich noch als Postzionisten sieht. Kein einziger tat es mehr. Postzionismus ist ein Zwitterbegriff, der für meine Begriffe nicht sehr viel hergibt.

Helmut Krieger

Ich meine Uri Ram hat es versucht zu definieren im Sinne eines liberalen, säkularen, demokratischen Charakters des israelischen Staates inklusivem Charakters im Gegensatz zu neozionistischen Positionen

Moshe Zuckermann

Warten Sie, warten Sie, Sie sind mir zu schnell an dieser Stelle. Bei der Debatte damals ging es um Unterschiedliches, und es wurde ja noch ein anderes Kriterium mit eingebracht: Liberal ist gut, säkular ist gut, tolerant, tolerant repressiv, alles geht. Das große Problem, von dem wir hier reden und damals auch zum Thema wurde, ist: Tolerant und demokratisch, alles ist schön und gut, aber ist Israel auch der Staat all seiner Bürger? Das heißt also, sind alle in Israel lebenden Menschen Bürger des Staates? Auch die Nichtjuden? Und darauf gibt es ja nur eine Antwort: Wenn es stimmt, dass es der Staat all seiner Bürger ist, dann kann es nicht mehr zionistischer Staat, so wie sich der Zionismus definiert, sein, nämlich als Judenstaat. Das heißt also, der Postzionismus ist an der Stelle, wo er sein "Post" ernst nimmt

– im Sinne von "Wir machen eigentlich Schluss mit dem Zionismus" – im Grunde genommen nur eine rhetorische Leerformel, und ob mit dieser Formel Staat zu machen ist, wage ich sehr zu bezweifeln. Das Problem lag aber nicht darin. Das Problem war vielmehr, wenn ich das einmal ganz hart aussprechen darf, dass die Friedensbereitschaft der Israelis, die Weltmeister sind im Schreiben von Friedenssongs und pazifistischen Romanen, für welche sie noch eines Tages den Nobelpreis kriegen werden, und die die besten Antikriegsfilme machen, historisch noch nie auf die Probe gestellt worden ist. Ich rede von der Bereitschaft, den Preis für einen Frieden zu zahlen – eben das, was ich heute Abend hier referiert habe: Rückgabe der Gebiete, Abbau der Siedlungen usw. Das muss sich erst noch herausstellen, ob Israel dazu bereit ist. Und deshalb ist es für mich nicht nur eine Frage des Bewusstseinswandels, sondern die einer prinzipiellen Bereitschaft, selbst unter zionistischen Voraussetzungen den Frieden anzugehen.

Helmut Krieger

Ich habe die Versuche verschiedener Intellektueller in Israel in den 90er Jahren als eine Art der Spurensuche verstanden, die noch nicht Zukunft determinierte und die Widersprüche des Gegenwärtigen versucht auszuhalten und gleichzeitig letztendlich an der gesellschaftlichen und politischen Realität scheitert. Ich mache den Sprung zu Ihren Thesen, die Sie früher so klar und deutlich ausformuliert haben. Eine objektive binationale Struktur versus Bürgerkrieg, die Option, wahrscheinliches Szenario oder die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs bei Rückzug in den Grenzen von 1967. Ich frage mich, inwiefern es heute, gerade wenn es diese objektive binationale Struktur gibt, nicht umso notwendiger wäre aus dieser objektiven eine politische Forderung abzuleiten, die genau diese Frage eines binationalen Staates in den Vordergrund rückt und nicht mehr die Frage der Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967, wissend natürlich, dass das eine sehr marginalisierte Position sowohl in der jüdisch-israelischen Gesellschaft als auch in der palästinensischen ist. Aber vielleicht ist es ein Versuch eine Utopie anzudenken, die nicht mehr auf den gescheiterten Konzepten des Vergangenen beruht, sondern den Schritt in die Zukunft wagt?

Moshe Zuckermann

Schauen Sie, wollen wir das hier verhandeln? Also, wenn wir das hier verhandeln wollen, haben Sie an mir einen Partner. Ich habe nichts gegen einen binationalen Staat, ganz im Gegenteil, ich meine, dass es auf einen solchen hinausläuft. Das Problem liegt m.E. auch nicht darin, was wir als Intellektuelle, Wissenschaftler oder Akademiker andenken können. Denn der Begriff des binationalen Staates kursiert in der politischen Kultur Israels schon seit längerem. Er hat übrigens eine bis in die prästaatliche Ära zurückreichende Tradition. Nun sind aber in der gegenwärtigen historischen Phase weder die Palästinenser noch die Israelis

am binationalen Staat interessiert. Man kann daher die Idee in die Welt setzen, vielleicht als Flaschenpost, was schon längst passiert ist, beispielsweise bei jenem Interview von Meron Benvenisti, das ich erwähnt habe, in welchem er gesagt hat: Die Konsequenz aus der Irreversibilität bedeutet binationaler Staat; wollen wir den angehen? Er hat dies also angedacht und dafür ungefähr so viel positive Resonanz geerntet, wie Sie für Ihren letzten Vortrag über Beethoven. Es gab keinen, nicht wahr? Ungefähr so viel positive Resonanz hat auch er für die Idee des binationalen Staat gehabt. Das heißt also, nicht die Denkhorizonte stimmen nicht. Nicht sie sind schuld daran, dass die Idee des binationalen Staates keine Aktualität gewinnt. Seine objektive strukturelle Entstehung ist nachweisbar; er ist vielleicht auch notwendig, um dringende Probleme wie das Wasserproblem und das Probleme des Arbeitsmarktes sowie kulturelle und andere wirtschaftliche und finanziellen Probleme zu lösen. Aber er kann sich in dieser Phase historisch nicht herausbilden, weil sich seine Verwirklichung für den Standardzionisten, aus dessen Sicht ich hier heute Abend als advocatus diaboli sprach, als das Ende des Zionismus ausnimmt. Der binationale Staat ist für den Durchschnittsisraeli eine endzeitliche Vorstellung, denn obwohl der Zionismus in eine schwere Krise geraten ist, will niemand in Israel an das Ende des Zionismus denken. Ich würde daher sagen, dass man den binationalen Staat andenken kann, und es gibt diese Ansätze. Aber es sind für meine Begriffe heute keine in Israel mehrheitsfähige Ansätze. Anders wäre es, wenn wir schon Frieden hätten und wüssten, es gibt nicht mehr die Gefahr und die Bedrohung, vor der man sich – wie immer ideologisch – fürchtet. Wenn wir diese Voraussetzung hätten, könnte man, glaube ich, auch ganz anders über die Möglichkeit eines binationalen Staates reden.

Walter Posch

Natürlich wissen wir, dass unsere Vergangenheitsbewältigung unsere Causa ist, völlig klar, ich komme jetzt trotzdem zu dem Punkt Shoa und „Vergangenheitsbewältigung“, weil es nicht einfach abzutrennen ist vom israelisch-österreichischen, österreichisch-deutschen Verhältnis und auch vom europäischen Verhältnis.

Sie sagen, dass Israel durch die Shoa zur Notwendigkeit geworden sei, aber dass die Shoa zur Mentalität der israelischen Gesellschaft geworden ist und fetischisiert worden sei, wie übrigens in beiden Ländern, Deutschland und Israel, der Holocaust instrumentalisiert bzw. materialisiert wurde: Also in Israel brauchte man die Wiedergutmachung, um seine Infrastruktur aufzubauen. In Deutschland brauchte man in gewissem Ausmaß die Sühne nach dem Holocaust. Dennoch sagen Sie, hat sich Deutschland, abgesehen von Wiedergutmachung auch intellektuell intensiv mit Nationalsozialismus und mit seiner Vergangenheit auseinandergesetzt. Trotzdem hört man oft die Meinung, ob man sich mit den richtigen Sachen auseinandergesetzt hat und ob Vergangenheitsbewältigung wirklich

stattgefunden hat. Also um es in der offiziellen Staatsräson zu sagen, Deutschland hat seine Lektion gelernt, seine antirassistische Lektion gelernt, und zwar so gründlich, dass Joschka Fischer ohne Generalverdacht auf den Balkan ziehen konnte.

Moshe Zuckermann

Schauen Sie, ich mag den Begriff Vergangenheitsbewältigung ohnehin nicht, Vergangenheit kann weder wiedergutmacht noch bewältigt werden. Vergangenheit in dem Sinne, wie wir hier über sie sprechen, ist ja immer die Vergangenheit der Opfer, und an denen kann nichts wiedergutmacht werden, und bewältigen kann man mit dieser Vergangenheit nur seine eigenen Probleme, nicht die Vergangenheit selbst. Für mich ist das ein eher unglücklicher deutscher Begriff. Dass es für Israel wie für Deutschland objektive Interessen gegeben hat, 1952 die Wiedergutmachungsabkommen abzuschließen, habe ich andernorts schon mehrfach dargelegt. Es war in der Tat so. Ich sage, dass ab den 1960er Jahren in der Restaurationsära Adenauers in Deutschland etwas einsetzte, das in Österreich noch lange Zeit seiner Artikulation harrete, wenn ich das mal so sagen darf. Es war ein Aufstand der Jugend gegen die Elterngeneration, die neue Linke, die 68er Bewegung, welche auch teilweise von Juden getragen wurde, von Adorno, Marcuse, Horkheimer – es gab ja eine ganze akademische Schule, die sich mit der Frage der Verarbeitung der Vergangenheit auseinandersetzte, nicht zuletzt psychologisch, sozialpsychologisch, auch ideologiekritisch usw. usf. – da ist damals, meine ich, eine Menge geleistet worden, das muss man gar nicht Abrede stellen. Das fand zum selben Zeitpunkt statt, als in Deutschland auch die NPD wieder erstarkte. Ich versuche hier nicht, Deutschland zu idealisieren, so wie ich es weder mit Israel noch mit Ihrem Land tun würde. Aber ich finde es schon bemerkenswert, dass als damals die NPD hochkam, sich eine große Massenbewegung von jungen Menschen bildete, die gegen die NPD zog, die die Elterngeneration fragte, was sie im Krieg gemacht habe, und wie ist es zum Nationalsozialismus gekommen sei. Es stimmt, die 68er haben noch nicht primär von Auschwitz geredet, die haben vom Nationalsozialismus, vom Faschismus geredet – aber immerhin das. Und es ist in der Tat noch bis zum heutigen Tag so, dass wenn ich nach Deutschland komme – und ich komme oft nach Deutschland – und mich nach einer anstrengenden Veranstaltung abends in meinem Hotel hinlege und mich durch die Fernsehsender hindurch zappe, finde ich zumeist mindestens zwei, drei Sendungen über den Nationalsozialismus, über Überlebende usw. Es wird noch immer in diesem Bereich und auf dieser Ebene eine Menge gemacht. Freilich ist auch das schon wieder instrumentalisiert worden, und dass es mittlerweile sogar dazu gekommen ist, das Leute wie Martin Walser sich leisten können, von Auschwitz als Moralkeule zu reden, weiß ich auch; ich habe ein ganzes Buch darüber geschrieben. Ich möchte dazu nur sagen, dass nicht in Abrede gestellt zu werden braucht, dass wir noch eine ganze Menge an Ideologiekritik zu leisten haben. Und

doch: Für mich waren die 60er Jahre eine hohe Zeit. Dass die 68er, die sich damals gegen die Altpolitiker aufbäumten, die den autoritären Charakter der deutschen politischen Kultur auf den Punkt brachten, die auch den Gegenentwurf zum Bestehenden andachten, dann zusammengebrochen sind und 40 Jahre später – also letztes Jahr – zum beliebten Schmähhobjekt geworden sind, das ist schon wieder eine ganz andere Sache. Und ganz gewiss haben Sie Recht mit dem, was Sie über Joschka Fischer und Gerhard Schröder gesagt haben. Genau das ist passiert. Es war ja gerade die rot-grüne Koalition in Deutschland, die dazu geführt hat, dass zwei Tabus der politischen Nachkriegszeit gebrochen wurden: Das eine war das, was Sie aussprachen, nämlich, dass die Bundeswehr nur zu Verteidigungszwecken eingesetzt werden darf und nicht zu Aktionen außerhalb Deutschlands; das andere war das des Asylrechts, welches "reformiert" wurde. Joschka Fischer, den ich schon in seiner Ausrichtung bei den Grünen für etwas Ungutes gehalten habe, konnte dann mit dem Spruch aufwarten: Ich habe nicht nur gelernt "Nie wieder Krieg", ich habe auch gelernt "Nie wieder Auschwitz" und instrumentalisierte Auschwitz in einer Art und Weise, wie man sie normalerweise nur von rechten Kreisen in Deutschland gewohnt war; was nur bewiesen hat, dass auch ein Linker perfide werden kann.

Walter Posch

Was die Vergangenheitsbewältigung in Österreich anbelangt, hat sich hier eruptiv mit der Waldheim-Affäre und dessen nachdrücklicher Bestätigung als Bundespräsident gezeigt, so nach dem Motto, was ein Nationalsozialist ist, das bestimmen wir. Frei nach Adorno, dass wir zwar unser Denken und Handeln so einzurichten haben, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe, wiederholt es sich genau aus dem Grund?

Moshe Zuckermann

Schauen Sie, das Problem liegt eigentlich darin, dass, damit man von einer Verarbeitung reden kann, das Subjekt, das erinnert oder gedenkt oder sonstwie seine Vergangenheit hochschießen lässt, um sie zu konfrontieren, den Verarbeitungsakt überhaupt erst wollen muss. Es muss die Auseinandersetzung überhaupt wollen, sich dem, was es da zu bewältigen gilt, erst mal stellen wollen. Und ich glaube sowohl in Deutschland, aber vor allem in Österreich, hat man das zunächst nicht gewollt. Ich meine, Sie, die Österreicher, waren doch "das erste Opfer des Nationalsozialismus"; das wissen Sie doch. Sie wollten ja vorgeblich mit diesen Nazis nichts zu tun, aber man weiß ja, dass 1938 etwas anderes stattgefunden hat. Das war auch der Grund, warum Sie Thomas Bernhard auf der einen Seite nie gemocht haben und auf der anderen Seite so gebannt anstarrten, weil Sie wussten, der sagt da etwas, was wir uns nicht eingestehen wollen, aber das in uns virulent geblieben ist. Ich glaube von daher, dass das Problem zunächst mal in der Bereitschaft liegt, sich mit dem

auseinanderzusetzen, was Erbteil dieser Vergangenheit ist. In der Vergangenheit muss man selber nicht ein SS-Schergen gewesen sein, um dennoch in der Gegenwart Dinge zu sagen, die den SS-Schergen in Schutz nehmen, oder auch rassistische Ressentiments artikulieren. Sie haben gerade Adorno angeführt. Adorno hat mal in einem seiner Aphorismen dieses Problem angerissen: Man sitzt im Zugabteil und innerhalb weniger Minuten des Gesprächs mit dem fremden Gegenübersitzenden, wo es zunächst harmlos daher geht, wird man sich bewusst, dass es rhetorisch auf den Völkermord zugeht. Ich erwähne das deshalb, weil es letztendlich nicht um die Vergangenheit geht. An der Vergangenheit lässt sich nichts wiedergutmachen. Achtzig Prozent meiner Familie ist ausgerottet worden, die kriege ich nie wieder zurück. Es geht um die Frage, kann man eine Gesellschaft herstellen, die keine Opfer mehr zeitigt, die keine Opfer mehr produziert. Daher ist das allerrelevanteste Gedenken nicht nur das Gedenken an die damals Gewesenen, sondern auch ein Gedenken im Sinne einer politischen Kultur, die der Opfer gedenkt, dabei aber die Täter auch nicht mehr in ihrem Amt belässt. Deshalb war die Waldheim-Affäre so wichtig.

Helmut Krieger

Bevor wir allzu schnell wieder diese Kurve von Waldheim zur Projektionsfläche Naher Osten ziehen, in Bezug auf Waldheim nicht zu vergessen ist die systematische Tabuisierung der Position Österreichs im Nazifaschismus und zwar über 40 Jahre hinweg. Die systematische Tabuisierung der Shoa in diesem Land und auch ausgehend von diesem Punkt, die entsprechend verzerrten Formen der Wiederkehr eines Verdrängten geradewegs mit Waldheim. Das heißt wir haben hier in Österreich natürlich auch eine andere Ausgangsposition, wenn ich jetzt den Schwung mache hin zur Projektionsfläche Naher Osten im Verhältnis zu Deutschland, wo es doch eine Form der Auseinandersetzung in den 60er Jahren gab, wo die Konfrontation mit der älteren Generation und mit der Dimension des Nazifaschismus und der Dimension der Shoa für die bundesdeutsche Gesellschaft offen wurde und damit die Konfrontationslinien in den 70er und 80er Jahren neu gelegt worden sind. Diesen Prozess gab es in Österreich nicht. Und damit hat diese Gesellschaft in Österreich auch eine ganz andere Voraussetzung in der Diskussion und in der Debatte über die Frage des Nahen Ostens im Sinne einer Projektionsfläche Naher Osten.

Damit komme ich natürlich auch zu einem wichtigen Punkt, den ich Sie noch fragen wollte: Standorte. Unterschiedliche Standorte. Es ist offensichtlich, wenn Sie im Zusammenhang mit der Instrumentalisierung der Shoa in Israel – Begin etc. etc. also in den 80er und 90er Jahren – gegenwärtig diese klar definieren, es ist aber noch einmal etwas anderes, denke ich mir, wenn es in Österreich oder in Deutschland um diese Frage der Instrumentalisierung der Shoa in der Frage der Auseinandersetzung um Geschichte geht. Einerseits haben Sie immer wieder

– und zwar von einem Standpunkt aus Israel aus – die Notwendigkeit eines universalistischen Verständnisses bezüglich der Shoa betont, andererseits denke ich, ist es hier in Österreich oder auch in Deutschland umso notwendiger ein partikulares Verständnis der Shoa zu definieren und klar zu machen. Die Frage ist, um genau nicht in diese allgemeinen Totalisierungstheorien oder die allzu schnellen Gleichsetzungen und das Ineinanderfließen von vermeintlicher Geschichte zu kommen: Wie ist es möglich, beide Elemente miteinander in einem positivem Widerspruch zu lassen und aus diesem Widerspruch wirklich weitergehen zu können? Können wir das heute?

Moshe Zuckermann

Ich liebe diese Fragen, wo man im Grunde genommen schon alles gesagt hat und dann fragt: Können wir das? Sie haben es ja eben schon sehr schön dargestellt. Es ist eine Frage des Sprechortes, d.h. also, ich fordere den Israelis mehr Universalismus ab, so wie ich den Deutschen oder den Österreichern mehr den partikularen Aspekt der Shoa und des Shoa-Gedenkens abfordere. D.h. also: Redet mir jetzt nicht allgemein, sondern konkret von den Juden, den Zigeunern, den Homosexuellen, nicht abstrakt usw. usf. Diese Forderung kann man mehrschichtig stellen; man kann sagen, es muss sowohl das Universelle als auch das Partikulare gedacht werden, und diese müssen in einer Art und Weise gedacht werden, dass der politische Kontext in dem das besprochen wird, auch das wiedergibt, was wir eigentlich wollen. Wir wollen Emanzipation. Gerade deshalb würde ich den Israelis viel mehr Universalismus anempfehlen und den Österreichern oder den Deutschen mehr Partikularismus, weil eben der Universalismus ins Abstrakte ablaufen, mithin die Dinge auch verwaschen kann. Das kann man, so wie Sie es eben gerade dargestellt haben, und so wie ich es eben wiederholt habe. Und wenn wir es ausgesprochen haben, brauchen wir uns jetzt nur noch daranmachen, es auch zu verwirklichen.

Helmut Krieger

Was ja gleichzeitig nicht heißt, dass es, wie soll ich sagen, zum ersten Mal ausgesprochen wurde.

Moshe Zuckermann

Wenn Sie mit mir einen Wettkampf machen wollen im Ver zweifeln darüber, dass man das schon tausendmal gesagt hat und noch nichts anderes – ich bin Weltmeister darin, ich lebe schon 40 Jahre in dieser Branche. Ich weiß, was es heißt, verzweifelt in der Telefonzelle zu stehen und zu wissen, dass meine gesinnungsadäquaten Gesprächspartner alle in dieser Telefonzelle Platz finden könnten. Es geht aber auch nicht um diese Verzweiflung, sondern darum, dass, wenn wir die Sachen, so wie Sie sie vorhin ausgesprochen haben – mit dem

politischen Andenken und einer Alternative –, in die Welt setzen, dann muss man sich fragen, was passiert. Und wenn das, was passieren sollte, noch nicht passiert ist, schreibt man halt das nächste Buch. Das ist auch eine gute Sache.

Walter Posch

Bevor wir zum Publikum gehen, komme ich noch mit einer etwas vom politischen Focus abweichenden Frage, die für das Verständnis von Kultur in Israel von Bedeutung ist, ich lese Ihnen jetzt ein Zitat vor, dessen Autor sie kennen: „Eine solche Faszination geht von jenem gewaltigen Orgelpunkt auf dem [...] heraus, der, nachdem sich in die Quinte der Fagotte gleich zu Anfang hinzugesellt hat, am 17. Tag jene aufstrebende Gleichklangsfigur der Hörner aus sich hervorbringt, die sich hernach durch unablässige Hinzufügung der volleren Harmonie musikalisch verdichtet bis endlich im 49. Takt ein wellenartig weich dahin flutendes Achtelmotiv einsetzt [...], es ist ein nahezu behexendes Tongebilde, die atemberaubende Schöpfung eines zweifellos großen, zugleich aber verruchten Genies.“ Sie wissen vom wem ich im Zitat spreche, Sie wissen, wer dieses Zitat gesagt hat, Sie selbst sagen in diesem Ihrem Buch, dass man, solange es Holocaust-Überlebende gäbe, Wagner in Israel nicht aufführen dürfe. Das steht ein bisschen im Widerspruch zu all dem, was Sie geleistet haben für die Rezeption von Wagner in Israel. Es verweist auch auf einen gewissen paranoiden Widerspruch in der ganzen Sache, nämlich, dass die Warenhäuser – wie Sie selbst sagen – voll von deutschen Waren sind, aber den Wagner darf man nicht spielen. Und auf der anderen Seite erklärt man Daniel Barenboim, einen wahren Universalisten zur persona non grata, zur kulturellen persona non grata. Wie soll man das verstehen?

Moshe Zuckermann

Erstens soll man das nicht verstehen. So ist es. Wir leben in so einem Land, und wir sind irrational. Na, jetzt aber im Ernst. Das Zitat war von mir, und es geht um die Beschreibung der ersten fünf Minuten des "Rheingold", wo die Weltentstehung sich sozusagen musikalisch so abspielt, wie ich das in diesen Zeilen dargestellt habe. Und dieses verruchte, dieses behexende Genie ist Wagner. Jetzt habe ich nicht gesagt, dass man Wagner in Israel nicht spielen soll, solange es Holocaustüberlebende gibt; das ist verkürzt dargestellt. Ich habe erst mal dargestellt, was für ein totaler Unsinn es ist, dass Israel sich Wagner zum Paradigma des Holocaustgedenkens ausgesucht hat. Das will ich jetzt mal kurz erläutern, wenn ich darf.

Gerade weil man sich auf Deutschland eingelassen hatte, schon durch das 1952er Wiedergutmachungsabkommen, und gerade weil somit mutatis mutandis kein staatsoffizieller Ausdruck mehr für das Ressentiment oder den Hass oder die Abneigung von Israel Deutschland gegenüber bestand – und in der Tat gibt es eine solche staatsoffizielle

Instanz nicht –, hat sich gleichsam halboffiziell dieser Boykott von Wagners Musik in Israel etabliert. Ich betone nochmals: nicht staatsoffiziell, d.h. es kam keine Anweisung von oben, es handelte sich um keine politische Maßnahme, sondern beim Publikum selbst bzw. im musikalischen Feld hat sich dieser Boykott herausgebildet. Nun ist es natürlich ein völliger Unsinn, einen im Jahr 1883 verstorbenen Musiker für etwas verantwortlich machen zu wollen, das im Jahre 1933, also 50 Jahre nach seinem Tod, erst angesetzt hat. Umso mehr so bei einem musikalischen Boykott, wenn man bedenkt, dass Personen, die im Dritten Reich tätig waren, beispielsweise Carl Orff mit seiner "Carmina Burana", in Israel als beliebte Komponisten gelten. Also der Nazi Carl Orff wird in Israel gespielt, Wagner, der Antisemit des 19. Jahrhunderts, aber nicht. Und es geht sogar noch einen Schritt weiter. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Es gibt die Tondichtung "Les Preludes" von Franz Liszt. Das Hauptthema dieses Werks war die Musik, mit der man im Dritten Reich eine populäre Radionachrichtensendung über die Wehrmacht an der Ostfront einleitete. Diese Tondichtung wird sehr oft im israelischen Klassische-Musik-Sender gespielt. Franz Liszt war kein Antisemit, aber man hätte ja behaupten können, wenn schon von Reminiszenzen die Rede ist, dass die Nazis mit seiner Musik operiert haben, und zwar bei so etwas Neuralgischem wie einer Nachrichtensendung aus der Ostfront.

Nun gab es ein Argument, welches besagte, Holocaustüberlebende hätten behauptet, das Auschwitzorchester habe im Vernichtungslager Wagner gespielt, und deshalb könnten sie seine Musik nicht ertragen. Stimmt nicht. Das Auschwitzorchester war überhaupt nicht fähig, Wagner-Musik zu spielen, allein von seiner Formation her. Es hat demgegenüber eine ganze Menge Mozart, Beethoven, Schubert gespielt und den Lieblingskomponisten von Hitler, der Franz Lehar war. Sie dürfen jetzt in brüllendes Gelächter ausbrechen. Franz Lehar! Ach, Sie mögen Franz Lehar? Ja, ich darf nicht vergessen, ich bin in der Operettenstadt. Die Sache ist die, dass Israelis vollkommen verquere Vorstellungen von diesem Problemkomplex haben. Es gibt Leute in Israel, die meinen, dass Wagner der Hofkomponist von Hitler gewesen sei, er selbst mithin ein Nazi war usw. Ich habe dieses gesamte Problem in Israel rekonstruiert, und nachdem ich es getan hatte, habe ich Folgendes gesagt: Die Aufführung von Wagner-Musik in Israel steht nicht auf meiner Tagesordnung. Worum es mir geht, ist die Reflexion darüber, wie wird des Holocaust in Israel gedacht. Das ist meine intellektuelle Tagesordnung in diesem Bereich. Deshalb habe ich immer wieder gesagt: Es geht mir gar nicht darum, dass Wagner in Israel gespielt wird oder nicht. Jeder, der Wagner hören will, kann in Israel Wagner hören. Man kann die Platten kaufen, man kann die Videos kaufen, man kann auch nach Bayreuth fahren, man kann nach Wien fahren usw. usf. Damit man es aber nicht auf der Ebene von Holocaustüberlebenden und ihrer Empfindlichkeiten bewenden lässt, habe ich festgestellt, dass, solange es auch nur einen Holocaustüberlebenden gibt, der sich davon

– ob nun aus berechtigten Gründen oder nicht – angegriffen fühlt, sollte man darauf Rücksicht nehmen, und es ist mir entsprechend ganz und gar nicht dringlich, dass man in Israel Wagner aufführt. Zumal übrigens die israelische Oper, im Gegensatz zu Ihrer Staatsoper hier, nicht ausgerüstet ist, Wagneraufführungen, geschweige denn, den "Ring" bühnenreif zu bewältigen. Nein, es ging mir darum, dass wenn das – also die Empfindlichkeit von Überlebenden – das Argument ist, dann soll man es sein lassen. Dass man es aber geschafft hat, Daniel Barenboim, der im Jahre 2001 im Anschluss an einem Konzert ein Wagner-Orchesterstück aufführte, zur kulturellen persona non grata in Israel zu erklären, das, meine ich, geht nur in Israel. Daniel Barenboim braucht Israel viel weniger als Israel Daniel Barenboim. Wir brauchen ihn, nicht er uns. Und dass man sich damals das erste Mal *politisch* nicht erblödete, ihn zur kulturellen persona non grata zu deklarieren, kann Ihnen verdeutlichen, auf welcher Ebene dieser Diskurs läuft. Es hat mit genuinem Shoa-Gedenken gar nichts zu tun.

Publikumsdiskussion

Haben Sie Hoffnung, dass die neue US-Regierung etwas bringen kann?

Moshe Zuckermann

Ich denke, dass ein Volk sich selbst befreien muss, was soviel heißt, dass die Völker, die in Konflikt miteinander sind, sich nicht auf von außen herangetragene Lösungen ihres Konflikts verlassen können, wenn sie selbst die Lösung des Konflikts nicht wollen. Ich betone das "wollen". Andernfalls ist alles, was von außen kommt, letztlich nur Zwang, ein Aufoktroieren von Ungewolltem, die für meine Begriffe immer wieder in der Katastrophe enden muss. Aber – und das ist ein großes Aber – es ist immens wichtig, was im Moment mit Amerika passiert. Ich meine dabei gar nicht, dass Amerika mit einem Male großartig humanistisch geworden sei. Es geht mir nicht um die Person dieses oder jenen Politikers; ein Politiker ist ein Politiker. Aber die geopolitischen Interessen von Amerika haben sich gewandelt, vor allem aber haben sich offenbar auch die Methoden der Erreichung dieser geopolitischen Interessen gewandelt. Und in dieser Hinsicht ist für mich die Barack-Obama-Administration in der Tat ein Hoffnungsträger, und sei es insofern, als das, was acht Jahre lang unter Bush Junior nicht zu haben war, nunmehr vielleicht möglich wird.

Nämlich dass Israel in Zugzwang gestellt wird – ich meine, George W. Bush hat sich acht Jahre lang nicht im geringsten um den israelisch-palästinensischen Konflikt gekümmert; ganz im Gegenteil hat er neue Kriege in den Nahen Osten eingebracht; das ist jetzt zu Ende. In Israel weiß man, dass jetzt keine rosigen Zeiten anstehen, und die große Frage, die sich stellt, ist, wird Amerika diese Kraft, die es Israel gegenüber hat, auch einsetzen. Denn die eine Sache ist, dass Amerika – wie man so schön auf Jiddisch sagt – nu-nu-nu macht, im Sinne von

"Das ist nicht in Ordnung, Kinder, setzt euch an einen Tisch". Eine ganz andere Frage wäre, ob Amerika zu dem, was man in den 1970er Jahren "reassessment" genannt hat, sich durchdringen kann. Also einen wirklichen Druck auf Israel ausüben, und zwar in Israels Interesse. Das ist für mich noch gar nicht raus. Ich weiß nicht, ob Obama dazu bereit ist. Hillary Clinton hat zumindest Netanjahu gegenüber etwas artikuliert, das Netanjahu verwirren muss. Ob er sich aber aus innenpolitischen Erwägungen verwirren lässt, muss sich erst herausstellen. Was sich aber vor allem herausstellen muss, ist, wie gesagt, ob Amerika wirklich den Druck ausüben will, den es rhetorisch ansagt. In jedem Fall stehen jetzt neue Zeiten an, auf Israel kommt eine Kühle zu, die nach meinem Begriff eine sehr heilsame sein könnte.

Ich habe gehört, dass sich viele Linke in Israel überlegen auszuwandern. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine emanzipative Linke in Israel?

Moshe Zuckermann

Sie sprechen hier ein wichtiges Thema an. Es ist nur dahingehend irrelevant, als die Linke, von der Sie redeten, die frustriert ist bzw. auswandern will bzw. – so wie ich auch – Hadash wählt, keine große Rolle in der gegenwärtigen Politszene Israels spielt. Hadash beispielsweise, die Partei, die ich gewählt habe, ist schon deshalb keine relevante Partei für Israel, weil sie keine zionistische Partei ist. Alle arabischen Parteien, von denen Hadash letztlich eine ist, obwohl sie als Kommunistische Partei firmiert, sind selbst von einem Rabin, der diese Parteien damals, beim Oslo-Prozess, als sein parlamentarisches Hinterland brauchte, nie als koalitionswürdig anerkannt worden. Das sind randständige Aussätzige. Sie können daher keine Alternative bilden. Für mich war Hadash immer erste Wahl, weil sie als erste Partei in Israel von einem Zusammengehen von Juden und Arabern geredet, dies mithin auch stets praktiziert hat, und weil sie schon sehr früh die Zwei-Staaten-Lösung propagierte. Für mich war das deshalb die politische Partei. Aber sie ist, wie gesagt, für die israelische politische Realität, wie sie nun mal formiert ist, nicht relevant.

Was nun diejenigen, die Sie beschrieben haben, jene, die so frustriert sind, anbelangt: Es geht ja nicht um diese Linke, von der Sie reden, denn die gesamte zionistische Linke ist eingebrochen, und zwar nach dem Zusammenbruch von Oslo und nach dem Ausbruch der zweiten Intifada. Mir wollte es manchmal so scheinen, als hätte diese Linke nur auf den Moment gewartet, wo sie endlich mal in Verwirrung geraten konnte, damit sie aufatmend sagen kann: Naja, wenn es so ist, dann haben wir ja in der Tat keinen Partner, so wie die Rechten schon seit Jahr und Tag behaupten. Das heißt, die Linke ist nicht nur frustriert, sondern die zionistische Linke ist auch sehr glücklich darüber, dass sie mittlerweile sich kaum noch als Linke artikulieren muss. Und die Linken, von denen Sie reden, die, die auswandern würden usw., bilden ja ohnehin nur eine verschwindende Minorität, welche nun wirklich gar

nichts zu bestellen hat. Das sind Leute wie ein Teil meiner Studenten an der Uni, fabelhafte Leute, die aber politisch nichts zu bestellen habe. Sie haben mich jetzt nach der Einschätzung gefragt; für Sie ist es schmerzhaft zu sehen, dass obwohl so viel Antisemitismus außerhalb Israel herrscht, diese Leute überhaupt auswandern wollen. Aber das ist es ja gerade: Gerade, weil sie das nicht mehr ertragen können, was sich in Israel zuträgt, gerade, weil sie meinen, keine Perspektive mehr zu haben, stellt sich die Tragödie in ihrer vollen Dimension dar. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen – und das wäre vor 10-15 Jahren in der Tat nicht denkbar gewesen – aber es gibt Familien, die bei fremden Botschaften einen Zweitpass beantragen. Einen polnischen oder deutschen Zweitpass. Einen polnischen Zweitpass! Polen war für die Juden nach dem Zweiten Weltkrieg das Tabuland schlechthin, mehr als Deutschland, weil es "der größte Friedhof von Juden" in Europa sei. Man stellt sich in der deutschen Botschaft an, um einen Zweitpass zu erlangen, schier undenkbar vor einigen Jahren. Ja, Sie beschreiben schon etwas sehr Richtiges.

Wie schätzen Sie die palästinensische Forderung nach einem Recht auf Rückkehr ein?

Moshe Zuckermann

Das Rückkehrrecht gehört zu den neuralgischsten Punkten des israelisch-palästinensischen Konflikts. Denn würde man das Rückkehrrecht der Palästinenser vorbehaltlos implementieren, bedeutete das nichts anders, als die Verwirklichung eines binationalen Staates. Dass dieser zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zur Debatte steht, habe ich vorhin zu erläutern versucht. Daher kann sich m.E. die Anerkennung des Rückkehrrechts der Palästinenser lediglich auf der Basis der symbolischen Anerkennung des historischen Unrechts, das Israel an den Palästinensern begangen hat, praktiziert werden, welche dann zu einer politischen Verhandlung der Anzahl der Palästinenser, die in das Kernland Israel zurückkehren könnten, führen muss. Das kann man durchaus anvisieren, wofür es freilich aber erst ernst zu nehmende Friedensverhandlungen geben muss.

Welche Rolle könnte die jüdische Religion bei der Lösung des Konflikts einnehmen?

Moshe Zuckermann

Es stellt sich für mich die Frage, warum man die Religion bzw. einen religiösen Ethos zur Beilegung eines im Wesen politischen Konflikts heranziehen muss. Es stimmt schon, dass es im Judentum einen gewaltfreien Aspekt des Verhältnisses zu Nichtjuden bzw. zum Menschengeschlecht insgesamt gibt. Aber muss man den bemühen, um einen im Wesen säkularen Konflikt zu lösen. Worum es geht, ist doch historisches Entstandenes historisch zu überwinden, damit die Protagonisten endlich als das leben können, was sie vor allem sind – Menschen.